

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 6 R. monatlich. Einzelne Rtn. 30 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-  
teile 2,50 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 5 R.,  
unter Eingangs 6 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungsblätter der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturkassenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuch der  
Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufskarte von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 258

Sonnabend, 5. November

1921

## Zur Kabinettskrise in Preußen.

Die Fraktionen des preussischen Landtages betonen gestern über ihre Stellung zur Kabinettsbildung. Die Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkte, daß zurzeit eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht in Frage kommen könne. Dagegen seien sie für die sogenannte alte Koalition aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, die gegebenenfalls später durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei trat, gleichfalls für eine Koalition auf breiter Grundlage ein. Die Deutschnationalen Landtagsfraktionen beschloß, mit den anderen bürgerlichen Fraktionen des preussischen Landtages Fühlung in der Frage der Regierungsbildung zu nehmen. Sie will zu verhindern versuchen, daß zum Leiter der preussischen Staatsgeschäfte ein Sozialdemokrat berufen werde. Die Fraktionen der U. S. P. und der R. P. D. des preussischen Landtages veröffentlichten Erklärungen, in denen sie sich für die Bildung einer rein sozialistischen Regierung aussprechen. Sowohl die Unabhängigen wie die Kommunisten stellen eine Reihe von Forderungen auf. Die R. P. D. fragt, ob die beiden sozialistischen Parteien bereit seien, unter den von ihnen angegebenen Bedingungen eine Koalition zu bilden, die sie parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen würde.

Der Präsident des preussischen Landtages Reinert empfing gestern nachmittags die Fraktionsvorsitzenden der Reihe nach, um sich mit ihnen über die politische Lage auszusprechen. Dabei erklärten sich die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien für die Notwendigkeit, eine große Koalition herzustellen. Die Sozialdemokraten hielten dagegen daran fest, daß nach den jüngsten Vorparlamenten im Reich die große Koalition im Augenblick nicht möglich erscheine. Die Verhandlungen sollen heute vormittag fortgesetzt werden.

Ministerpräsident Siegelwald hat sich gegenüber einem Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau über die Gründe zum Rücktritt der preussischen Regierung ausgesprochen und dabei folgendes geäußert:

Ein Berliner Blatt schrieb dieser Tage, das Kabinett Siegelwald sei zurückgetreten, weil es seine innerpolitische Aufgabe, die Schaffung einer breiten Koalition, nicht gelöst habe. Damit ist nicht der Kern der preussischen Regierungskrise getroffen. Der Rücktritt des Kabinetts ist vielmehr letzten Endes nicht auf die Vorgänge in Preußen, sondern auf solche im Reich zurückzuführen. In Preußen war eine große Koalition schon seit vier Wochen möglich. Mit ihrer Verwirklichung wurde zurückgehalten, um durch Preußen gleichzeitig auch für das Reich eine Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse herbeizuführen. In Preußen waren die Parteien, die in die Regierungskoalition einbezogen werden sollten, einerseits die Reichstendenzen, als Anteilnehmer an der Verwaltung des größten Landes im Reich. Dagegen waren sie die Gebenden als Bewilliger von Beihilfe- und Klassenverbrauchssteuer. Und nun sind es wieder die Vorgänge im Reich, ich erinnere nur an den Brief der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei an den Reichspräsidenten, welche die Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse in Preußen gefährden. In Zukunft wird Preußen bei der Wahrung seiner parlamentarischen Verhältnisse nach eigenen Rezepten arbeiten müssen, ohne auf die Vorgänge im Reich Rücksicht nehmen zu können. In anderen Ländern arbeiten die Gegner der Demokratie und des Parlamentarismus an deren Unterbrechung. In Deutschland tun dies die demokratisch orientierten Parteien selbst. Die Häufigkeit der Regierungswechsel in Deutschland und ganz besonders die Art und Weise, in der sie vor sich gehen, sind nicht geeignet, das parlamentarische System breiten Volksschichten begehrenswert zu machen. Vor allem ist die Obstruktion ein undemokratisches Mittel, gleichgültig ob es auf der Straße oder in den Parlamenten angewendet wird. In England kennt man solche Mittel der Demokratie in dieser Form nicht. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben bewiesen, daß der preussische Ministerpräsident nach dem ihm durch die Verfassung gegebenen Stellung wohl bei der Reubildung, nicht aber bei einer

## Die neuen Beamtengehälter.

### Der Entwurf eines Besoldungsgesetzes.

Der Reichsrat wird sich am nächsten Montag mit der Erhöhung des Beamtengehälter befassen, und es ist zu erwarten, daß der Entwurf eines Besoldungsgesetzes in der kommenden Woche auch im Reichstag zur Verabschiedung gelangen wird. Seit der Besoldungsreform im Frühjahr 1920, die einen Teuerungszuschlag in Höhe von 50 Proz. festsetzte, ist der Teuerungszuschlag mehrmals erhöht worden. Bei einer nochmaligen Erhöhung der Teuerungszuschläge würde diese mehr als 100 Proz. betragen. Man hat aus diesem Grunde die jetzt nötig werdende Reform auf anderer Grundlage vorgenommen, indem man die Grundgehälter entsprechend erhöhte. Es sprach dabei mit, daß die Beamten bei einer abermaligen Erhöhung der Teuerungszuschläge nur auf den kleineren Teil ihrer Dienstbezüge einen Rechtsanspruch hätten, der ihnen nicht jederzeit durch ein Haushaltsgesetz entzogen werden konnte. Hingegen kommt, daß eine Hebung auf Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in absehbarer Zeit, so daß die Beamten ohne Gewährung von Teuerungszuschlägen auskommen könnten, nicht besteht.

Eine Änderung der Einteilung der Beamten in die einzelnen Gruppen und Besoldungsdiensalter ist nicht vorgenommen worden. Die Gründe, die hierfür maßgebend waren, liegen darin, daß die endgültige Verabschiedung der Reichsbesoldungsordnung noch nicht ein volles Jahr zurückliegt, daß die wirtschaftlichen Veränderungen von Einfluß nur auf die Höhe der Bezüge sind und nicht auf die Bewertung der einzelnen Beamtengruppen. Auch ist in der Zusammenfassung der Gehaltsbezüge (Grundgehalt, Erziehungszuschlag usw.) eine grundsätzliche Änderung nicht erfolgt.

In dem Verhältnis der Gehälter der höheren und niederen Beamten hat sich eine gewisse Reform als notwendig erwiesen. Es müßte ein gerechter Ausgleich zwischen den Gehältern der höheren, mittleren und niederen Beamten hergestellt werden.

Der Erziehungszuschlag wird in den höheren Erziehungsklassen etwas mehr als in den niederen erhöht werden. Jedoch ist die Spannung zwischen den Dienstbezeugen in den einzelnen Erziehungsklassen nicht vergrößert worden, weil fast der gestaffelten Teuerungszuschläge ein gleicher Zuschlag eintritt. Die Erziehungszuschläge erfahren eine sehr wertvolle Erhöhung. Die Teuerungszuschläge werden relativ überall auf der gleichen Höhe gehalten werden, da sich eine unterschiedliche Behandlung nach einzelnen Erziehungsklassen infolge der immer mehr sich zeigenden Annäherung der Teuerungszustände in den einzelnen Orten als nicht angebracht erwies. Der Zuschlag, der in der Höhe von 20 Proz. gehalten wird, wird jedoch nicht durch das vorliegende Gesetz geregelt, sondern durch den Haushaltsetat für 1921, der den Parlamenten demnächst vorgelegt wird. Für die Anrechnung der Dienstwohnung soll, wie es schon in Preußen, in Bayern und anderen Einzelstaaten üblich gewesen ist, in Zukunft durchweg der Betrag nach bestimmten Hundstücken des Erziehungszuschlages bemessen werden. Wesentlich erhöht worden sind auch die Witwenbezüge, die in Zukunft in ihrem Höchstbetrage 28 000 (statt bisher 9000) und in ihrem Mindestbetrage 3000 (statt 900) Mark ausmachen werden. Das Pensionsergänzungsgesetz vom Dezember 1920 wird auf die Neuregelung der Beamtenbesoldung eine entsprechende Anwendung finden.

A. Bei den aufsteigenden Gehältern:		B. Bei den Einzelgehältern:	
Gruppe I: 7500—8000—8500—9000—9400	Gruppe IX: 21 000—22 500—24 000—25 500	1. 80 000 R.; 2. 90 000 R.; 3. 105 000 R.;	
bis 9800—10 200—10 600—11 000 R.	bis 27 000—28 500—30 000—31 000 R.	4. 110 000 R.; 5. 140 000 R.; 6. 180 000 R.;	
Gruppe II: 10 000—10 400—10 800—11 200	Gruppe X: 25 000—26 500—28 000—30 400	7. 200 000 R.	
bis 11 600—12 000—12 400—12 700—13 000 R.	bis 32 200—33 800—35 400—37 000 R.		
Gruppe III: 11 500—12 000—12 500—13 000	Gruppe XI: 30 000—32 000—34 000—36 000		
bis 13 400—13 800—14 200—14 600—15 000 R.	bis 38 000—40 000—42 000—44 000 R.		
Gruppe IV: 12 500—13 000—13 500—14 000	Gruppe XII: 38 000—41 500—45 000—48 000		
bis 14 400—14 800—15 200—15 600—16 000 R.	bis 51 000—54 000—57 000 R.		
Gruppe V: 13 500—14 000—14 500—15 000	Gruppe XIII: 53 000—60 000—67 000—74 000		
bis 15 400—15 800—16 200—16 600—17 000 R.	bis 80 000 R.		
Gruppe VI: 14 500—15 200—15 900—16 500			
bis 17 100—17 700—18 300—18 900—19 500 R.			
Gruppe VII: 16 000—16 900—17 700—18 500			
bis 19 300—20 100—20 900—21 700—22 500 R.			
Gruppe VIII: 18 000—19 200—20 400—21 600			
bis 22 800—24 000—25 000—26 000 R.			

Ordnungs- klasse	Grundgehalt		Erziehungszuschlag		Witwenbezüge	
	bis	über	bis	über	bis	über
A	3 200	4 000	4 800	5 600	6 400	7 200
B	2 400	3 000	3 600	4 200	4 800	5 400
C	2 000	2 500	3 000	3 500	4 000	4 500
D	1 600	2 000	2 400	2 800	3 200	3 600
E	1 200	1 500	1 800	2 100	2 400	2 700
Pensionfähig	2 080	2 600	3 120	3 640	4 160	4 680

Die Erhöhung des Gehalts der einzelnen Beamten- gruppen nach dem neuen Besoldungs- gesetzentwurf gegenüber dem Friedensstand vom 1. August 1914 beträgt:	
Gruppe II	1381 %
III	1340 %
IV	1280 %
V	1076 %
VI	745 %
VII	708 %
VIII	691 %

Regierungsumbildung eine ausreichende Initiative entwickeln kann. Bei Regierungsumbildungen ist der preussische Ministerpräsident eingeklemmt zwischen den Parteien auf der einen und dem Kabinett auf der anderen Seite. Eine größere Beweglichkeit auf der Kabinettsseite verbietet die Verfassung. Gemäß der Verfassung kann der Ministerpräsident keinen Minister zum Rücktritt anhalten. Im Reich steht über diesen Dingen noch der Reichspräsident. Zu dieser Sachlage kam noch ein persönlicher Umstand. Ich bin im April

## Vor den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten werden in aller nächster Zeit zu Verhandlungen zusammentreten, um die in Genf beschlossene wirtschaftliche Vereinbarung über Oberschlesien herbeizuführen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die diesen wirtschaftlichen Verhandlungen für uns noch mancherlei gerettet werden kann. Die Lage der deutschen Unterhändler mag zwar politisch nicht so günstig sein wie diejenige der polnischen, da die letzteren über die nicht zu unterschätzende moralische Unterstützung der Verbündeten, besonders Frankreichs, verfügen. Andererseits aber haben die deutschen Unterhändler doch recht starke Trümper in der Hand, weil nicht nur in Oberschlesien selbst die polnische Wirtschaft in beträchtlichem Maße von dem deutschen guten Willen abhängig sein wird, sondern weil auch die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen im allgemeinen in erheblichem Maße mit dem Entgegenkommen Deutschlands zu rechnen haben.

Es gibt in Warschau neben der selbstigen nationalpolitischen Propaganda einen Kreis einflussreicher Wirtschaftspolitiker und Industrieller, die sich über diese Zusammenhänge nicht im unklaren sind. Man weiß in diesen Kreisen sehr wohl, daß das heutige Polen nie und nimmer in der Lage ist, die Produktion in dem abgetrennten Gebiete Oberschlesiens auf der bisherigen Höhe zu erhalten, geschweige denn zu einem höheren Grade fortzuentwickeln. Und nicht nur in Warschau weiß man dies, sondern auch in Paris und London. In England gibt man dies offen zu. Die englische Presse aller Parteilichrichtungen hat es deutlich ausgesprochen, daß nur durch die weitere Mitarbeit der deutschen Arbeitskräfte, der deutschen Intelligenz und des deutschen Kapitals Oberschlesien als europäischer Wirtschaftsfaktor gerettet werden kann. In Frankreich ist man aus begründeten Gründen mit seiner Meinungsbildung etwas vorsichtiger; immerhin gibt auch dort die Presse der polnischen Regierung den weisen Rat, möglichst darauf bedacht zu sein, daß die bisherigen Wirtschaftsmethoden in Oberschlesien durch die Neuordnung der Dinge keine allzu schwere Erschütterung erfahren möchten.

Die nationalpolitischen Gruppen in Polen fühlen selbstverständlich nicht minder das Unbehagliche der Situation. Sie haben bisher der Welt einzureden versucht, daß Polen durchaus in der Lage sei, mit Deutschland in bezug auf Leistungsfähigkeit in Wettbewerb zu treten, sobald die nötigen Voraussetzungen dazu gegeben sind. Nunmehr sollen sie ihre Worte in die Tat umsetzen, und da merken sie bereits in den ersten Anfängen, daß sich Polen eine Aufgabe gestellt hat, die weit über seine Kräfte geht. Trotz der Sorge, daß man auf die tatkräftige Unterstützung der beteiligten deutschen Kreise nicht verzichten können werde, wünscht man doch andererseits Deutschland nicht auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu sein. Man sucht daher bei den kommenden deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen den polnischen Delegierten soweit wie möglich den Rücken zu stärken. Von vornherein wird die deutsche Diplomatie verdächtigt, daß sie alle Vorteile zu ihrem eigenen Gunsten auszunutzen werde, soweit dies im Rahmen der Genfer „Empfehlungen“ gestattet ist. Vom deutschen Standpunkt aus ist dies ja selbstverständlich. Sehr bezeichnend ist aber die Auffassung, die wir in dem bekannten polnischen Blatte „Goniec Krakowski“ zu dieser Angelegenheit finden. Das Blatt schreibt: „Die internationale Lage ist für die deutsche Diplomatie nicht ungünstig. Der deutschen Agitation ist es gelungen, Europa einzureden, daß die gute deutsche Verwaltung Oberschlesiens eine größere Entwicklung sichern könne, als die polnische unabhängige Verwaltung. Diese Meinung ist auch stark in England vertreten, was auch klar aus der letzten Rede Balfours hervorgeht. Die polnischen Delegierten werden daher alle ihre Kräfte anstrengen müssen, um zu bewirken, daß die Einigung Polens in Oberschlesien möglichst gering ist, und daß es den Deutschen nicht gelingt, große Lücken in unsere wirtschaftliche Souveränität zu reißen und möglichst wenig unsere wirtschaftliche Stellung in Oberschlesien zu schwächen.“ Mit anderen Worten, den polnischen Nationalisten



ist das Schicksal Oberschlesiens im Grunde genommen gleichgültig. Hauptsache ist für sie, daß der polnische Großmachtsdünkel befriedigt wird, besonders wenn dies auf Kosten der verhassten Deutschen geschehen kann.

**Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit.**

Heidelberg, 4. November. Die internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit veranfaßte gestern eine Kundgebung, wobei Frau Frieda Perles aus Stuttgart mitteilte, daß sich die Liga bereits auf 26 Nationen erstreckt. Die Rednerin führte weiter aus: „Schon in den Kindern müßte der pazifistische Gedanke geweckt werden. Der Kongreß der Frauenliga habe eine Entschließung gegen die Sanktionen eingebracht, die Lloyd George übermitteln werden würde. Die Frauen müßten für die Befreiung des verhängnisvollen Versailles Friedensvertrages mit allen Kräften eintreten.“ Zum Schluß wurde folgende Entschließung angenommen: „Wir erklären einstimmig und bringen unseren Willen den an der Washingtoner Konferenz teilnehmenden Regierungen zur Kenntnis: Wir fordern nicht nur eine Beschränkung der Rüstungen, sondern vollständige Abrüstung und zwar nicht nur der Meere und Flotten, sondern auch der leuchtenden Gismethoden, die durch ruhms- und gewalttätige Chemiker erfunden werden zur Ausrottung von Völkern und zur Vertilgung von Städten. Wir wollen in erster Linie Frieden. Wir Frauen verlangen von unseren Parlamenten und Regierungen, daß sie für vollständige Abrüstung eintreten, auf alle Gismethoden verzichten und im Verkehr der Völker unerbittlich jene Methoden anwenden, die zur Verhinderung und zum dauernden Frieden führen.“

**Zur Londoner Reise des Reichsbankpräsidenten Hakenstein.**

Berlin, 4. November. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß der Besuch des Reichsbankpräsidenten in London ausschließlich die Erörterung banktechnischer und des Geschäftsbereichs der Reichsbank mit der Bank von England betreffender Fragen bezweckt. Mit Anleihe- oder Kreditverhandlungen handele er nicht in Zusammenhang. Insbesondere hat der Reichsbankpräsident auch mit dem Hause Rothschild keinerlei derzeitige Verhandlungen eingeleitet oder geführt.

**Vorrangsbeförderung von Zeitungspapier.**

Berlin, 4. November. Der Reichsverkehrsminister ordnete vor einigen Tagen an, daß Wagen für Zeitungsdrukpapier in den nächsten zwei Wochen mit Vorrang vor allen anderen Gütern zu stellen sind. Die Eisenbahndirektionen sind besonders angewiesen worden, dafür zu sorgen, daß die Wagen nicht nur zur Beladung gestellt, sondern auch bis zum Empfangsorte durchgeführt werden müssen.

**Die Kredithilfe der deutschen Industrie.**

Der Reichsverband der deutschen Industrie wird sich heute mit der Kredithilfe der Industrie beschäftigen. Über den Stand der bisherigen Besprechungen mit ausländischen Finanzgruppen wird mitgeteilt, daß zwischen verschiedenen amerikanischen Finanzgruppen einerseits und Vertretern

der deutschen Industrie andererseits Fühlung in der Frage einer Geldleihe genommen worden ist, ohne daß bisher ein greifbares Angebot dabei herausgekommen wäre. Nur von einem kapitalkräftigen englischen Finanzkonglomerat liegt ein Angebot vor, das sich auf 25 Mill. Papierpfund beläuft.

**Gegen die Lohnwerke der Deutschen Werke.**

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der gefragt wird, was die Reichsregierung bisher getan habe und was sie weiter zu tun gedenke, um den Forderungen des Verbandes nach Fortführung der Deutschen Werke zu begegnen. Die Arbeitergemeinschaft der Deutschen Werke in Spandau nahm gestern in zwei großen Versammlungen zu den Forderungen des Verbandes Stellung. Es wurde mitgeteilt, daß voraussichtlich in den nächsten Tagen eine Arbeiterabordnung bei dem General Kollet vorprechen werde, um ihn über die Wahrheit und die Forderungen der Arbeitergemeinschaft zu unterrichten. Sollten die Verhandlungen erfolglos bleiben, so lehnen die Arbeiter es ab, irgendwie an der Fortführung der Werke mitzuwirken. Keine Schraube solle von einer Maschine entfernt, kein Stein weggetragen, kein Hammer für den Verband geführt werden. Sollten Arbeiter nach Spandau kommen, um für den Verband zu arbeiten, dann solle man ihnen gründlich heimlich sein. Alle Arbeiter Deutschlands müßten in dieser Angelegenheit solidarisieren.

**Kleine Nachrichten.**

Berlin, 4. November. Der Reichsfinanzminister Dr. Brüchmann geht vormittag zum ersten Male bei einer Direktorenkonferenz im Auswärtigen Amt in den Reichstag. Mittags fand eine Sitzung des Reichskabinetts statt. — Ministerialdirektor Behrendt ist auf seinen Antrag von der Leitung der Stadteileitung des Auswärtigen Amtes entlassen worden und hat einen Urlaub angetreten. Zum Leiter der Abteilung ist der bisherige Referent für die russischen Angelegenheiten Wirtl, Legationsrat Frhr. v. Kalkan ernannt worden. — Der Preussische Landtag bewilligte ohne Aussprache 6 Mill. Mark für die Unterstützung der Opfer des Oppauer Unglücks. — Der mexikanische Gesandte Dávalos ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der Gesandtschaft wieder übernommen. Myslowitz, 4. November. In den frühen Morgenstunden des gestrigen Tages entspann sich zwischen Banditen einerseits und Gemeindefeldweh und Apo-Beamten andererseits ein Feuergefecht. Dabei wurden drei Apo-Beamte durch Handgeschüsse schwer und zwei Mitglieder der Gemeindefeldweh leicht verletzt. Zweifelhafte verurteilte Banditen wurden verhaftet, darunter der Führer des polnischen Stadtsoldatenduzes in Katowitz, August Drei Eisenbahner wurden von den Polen trotz Protestes nach Sosnowice geführt und dort unter Mißhandlungen gefoltert. Die internationalisierte Rothkammer, welche die Freigabe der Leichen erreichen soll, wird erwartet. Alschenburg, 4. November. Die Feier der Eröffnung der Main-Großschiffahrt und des neuen Hafens Alschenburg wurde gestern vormittag durch einen Festakt bezeugt, an dem etwa 400 Personen teilnahmen. München, 4. November. Die sozialdemokratische „Münchener Post“ meldet, daß der Abg. Kuer eine Anzahl weiterer Drohbriefe erhalten habe. In einem davon heißt es: Kuer werde Reichsminister nicht mehr werden. Gegen den früheren Führer der Einwohnernetze Kanger ist ein Ermittlungs-

verfahren wegen Aufforderung zum Mord eingeleitet worden.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 3. November. Vizepräsident Niefer eröffnete die Sitzung kurz nach 3 Uhr mit geschäftlichen Mitteilungen. Die Interpellationen über Fortkommnisse in der Pfalz, über Preissteigerung und Wucher, sowie über das Verbot des Landens russischer Schiffe im Stettiner Hafen werden von der Regierung innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Die Anträge wegen Erhöhung der Mehlration und der Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln werden mit der Interpellation Müller wegen Preissteigerung seinerzeit verbunden werden. Es folgt der Antrag Müller-Franken (Soz.) wegen Veränderung der Verordnung über die Lohnbefreiung. Abg. Kauter (Soz.) begründet den Antrag, die Pfändungsgrenze von 5000 auf 15 000 M. heraufzusetzen. Reichsjustizminister Dr. Rabbrack: Im Ministerium liege ein Entwurf bereit, der eine bewegliche Pfändungsgrenze vorsehe, um den jeweiligen Schwankungen von vornherein begegnen zu können. Abg. Wasmuth (Znl.) beantragt die Verweisung des Gegenstandes an den Rechtsausschuß. Nach weiteres kurzer Aussprache wird der Antrag dem Reichsausschuß überwiesen. Zum Antrag Agnes und Gen. über eine Verschärfung der Bekämpfung des Würfelspiels. Vizepräsident Niefer mit, daß der Steuer- und Finanzminister an Stelle dieses Antrages einen Antrag auf wesentliche Erhöhung der Einkommensteuer angenommen habe. Das Haus stimmt diesem Antrag zu. Es folgt ein Antrag Gothein (Dem.) wegen beschleunigter Veranlagung und Erhebung der Reichseinkommensteuer. Abg. Gothein (Dem.) begründet den Antrag mit der finanziellen Notlage des Reiches. Staatssekretär Japp: Die Veranlagung ist Sache der Länder und Gemeinden. Das Reich hat keinen weiteren Einfluß, als daß es darauf drängen könnte. Abg. Alcotte (Zent.) unterstützt den Antrag und kritisiert die Tätigkeit der Finanzämter, deren Verschleppungspolitik den Staat schädige. Abg. Dr. Herz (Unabh.) begründet einen Antrag seiner Partei, daß jeder Steuerpflichtige zunächst auf Grund seiner Steuererklärung den Steuerbeitrag an das Reich abführe, im Falle der Verzögerung aber Verzugszinsen zahlen müsse. Abg. Dr. Helfferich (Znl.) weist die Hauptsache der Komplexität der Steuererhebung bei. Die Beamten müßten selbst nicht mehr Bescheid. Die Steuererhebung müßte reformiert werden, desgleichen die Verwaltung, sonst sehe er eine Katastrophe voraus. Staatssekretär Dr. Japp spricht sich gegen den unabhängigen Antrag aus, der die Verwirrung bei den jetzt schon überlasteten Finanzämtern nur noch vermehren und den Zusammenbruch der Verwaltung vielleicht noch beschleunigen werde. Abg. Becker (D. Sp.): In dieser Frage sei die große Koalition von Helfferich bis Herz zweifellos vorhanden. Bedauerlich sei, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger in gewissem Sinne benachteiligt würden. Er stimme dem Antrage Gothein zu. Gewisse Änderungen in der Organisation seien allerdings erforderlich. Aber eine grundlegende Reform ersehe ihm nicht notwendig. Die beiden Anträge werden darauf an den Steuerausschuß überwiesen. Nächste Sitzung morgen nachmittags 1 Uhr. Anträge, Interpellation wegen Schließung der Deutschen Werke und Steuerdebatte. Schluß gegen 6 Uhr.

**Die Internierung Karls von Habsburg.**

Paris, 3. November. „Journal“ meldet, daß die Verhandlungen mit Portugal wegen der Internierung Karls von Habsburg, der auf Madeira interniert werden soll, vor dem Abschluß stehen.

**Die Mobilisierung der Tschechoslowakei.**

Prag, 3. November. In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses erklärte Ministerpräsident Beneš, daß die Mobilisierung sehr gut und in musterhafter Ordnung vor sich gegangen sei. Alle Nationalitäten hätten ihre Pflicht in einem solchen Maße erfüllt, daß der Staat vollkommen zufrieden sein könne. Die Regierung werde entschieden dafür eintreten, daß dem Befehl überall Genüge geleistet werde. Der Ministerpräsident sprach über die Ereignisse in Graslitz sein Bedauern aus. Er habe Beneš in Händen, daß die Truppen und die Behörden eine korrekte Haltung eingenommen und insbesondere das Militär seine Gebuld erschöpfte hätte, bevor es zu den Waffen griff. Es sei eine erfreuliche Erscheinung, daß die Vertreter der politischen Parteien in Graslitz, als sie sahen, daß die Schranken des Gesetzes überschritten worden seien, alles getan hätten, um Schwierigkeiten vorzubeugen. Die Regierung werde in der Frage einer Entschädigung für die Hinterbliebenen und für die Verwandten mit dem größten Wohlwollen vorgehen. Die Regierung fordere alle vernünftigen Elemente auf, dahin zu wirken, daß sich ähnliche Ereignisse nicht mehr wiederholen. In den Anfragen wegen der Verhaftungen in der Slowakei erklärte der Ministerpräsident, die Regierung habe Maßnahmen getroffen, damit streng in den Grenzen des Gesetzes vorgegangen werde und die einzelnen Fälle so rasch wie möglich dem Untersuchungsrichter vorgelegt werden. Aber die auswärtige Politik sagte der Ministerpräsident, daß in den letzten Tagen ein vollkommenes Einvernehmen zwischen den Verbündeten und den Mitgliedern der kleinen Entente zustande gekommen sei. Die Regierung werde bei der weiteren Entwicklung des Konflikts in friedlicher Weise vorgehen, indem sie überall, wo nötig, Beweiskräfte, und nicht die äußersten Mittel zur Geltung bringen werde. Die außerordentlichen Maßnahmen müßten noch kurze Zeit andauern, damit alle Bedingungen angenommen und verwirklicht werden, um die Lage zu klären. Die Regierung sei jedoch entschlossen, keinen einzigen Tag die außerordentlichen Maßnahmen länger andauern zu lassen, als es unumgänglich nötig sei.

**Eine neue englische Note an Rußland.**

London, 3. November. Im Unterhause teilte Lloyd George mit, die britische Regierung bereite eine neue Note an Rußland vor, in der sie von neuem darlegen werde, daß die britischen Beschlüsse über das weitere Bestehen der bolschewistischen Propaganda und englandfeindliche Ränke in Mittel- und Kleinasien und anderen Gegenden unter Verletzung des englisch-russischen Handelsabkommens durchzuführen seien. Das künftige Verhalten Englands zum englisch-russischen Handelsabkommen werde von der Art und Weise abhängen, in der die Sowjetregierung auf Vorlesungen und Beschwerden, die England erhebe, antworten werde.

**Wissenschaft und Kunst.**

Dresden, 4. November.

**Sächsische Landesstelle für Kunstgewerbe.**

Vor einigen Tagen hielt die Sächsische Landesstelle für Kunstgewerbe unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Groß ihre Hauptversammlung in Leipzig ab. Vor dem geschäftlichen Teile wurden eine Anzahl Vorträge gehalten über die Frage der Vertretung des Kunstgewerbes auf der Weltausstellung, die die Landesstelle in den letzten Jahren ihre besondere Aufmerksamkeit und Förderung gewidmet hat. Vorstand Prof. Seyffert-Dresden und Direktor Haebler-Dresden berichteten über die Begründung und Entwicklung des Wirtschaftsbundes Sächsischer Kunsthandwerker und des Wirtschaftsbundes Deutscher Kunsthandwerker, in dem der 1917 gegründete sächsische Bund später als Gruppe aufging. Prof. Groß wies in seinem Bericht den Kunstgewerbebetreibern die Aufgabe zu, denjenigen Teil des Kunstgewerbes zu erfassen, der sich in den sehr eng gezogenen Rahmen des Wirtschaftsbundes nicht einfügt. Generalsekretär Bartsch-Dresden erklärte sich im Namen des Submissionsamtes bereit, bei einem etwaigen Zusammenschluß der Kunstgewerbebetreuer zum Zweck der Vertretung einen hierfür zu bildenden Wirtschaftsverband der Betriebsstellen handwerklicher Erzeugnisse beim Submissionsamt anzuschließen, wodurch sich das Vertragsrisiko der einzelnen Mitglieder verringern würde. Fabrikbesitzer Hamann-Chemnitz betonte in seinem Bericht, daß die Kunstindustrie als die Spitze der Industrie auf der Weltausstellung vertreten sein müsse und daß hierfür in Leipzig geeignete Ausstellungsplätze zur Verfügung gestellt werden müssen. Direktor Prof. Dr. Graul und Stadtkanzler Wähling-Leipzig berichteten über Pläne, im Anschluß an das Großmuseums dem Kunstgewerbe und der Kunstindustrie neue Räumlichkeiten zu schaffen.

Direktor Dr. Köhler vertrat den Standpunkt des Leipziger Reichsamtes, daß dieses ausschließlich volkswirtschaftliche und kommerzielle Aufgaben habe und sich auf eine Jurierung der Aussteller nicht einlassen könne, ebensowenig auf eine Bevorzugung einer Ausstellerguppe bei der Zuweisung von Ausstellungsräumen. Der Weg, den Frankfurt mit der Errichtung des Hauses Werkbund beschritten habe, führe von der Weltausstellung zur Ausstellung. In der lebhaften und inhaltsreichen Aussprache, die sich an die Berichte anschloß, trat der Gesichtspunkt hervor, daß mehr und mehr versucht werden müsse, auch bei Qualitätsausstellungen eine Jury auszuwählen, indem man das Verantwortungsgefühl des Ausstellers für seine Leistung bürde. Aus dem hierauf von der Geschäftsleiterin Fr. Dr. Weisner erstatteten Jahresbericht über die Tätigkeit der Sächsischen Landesstelle für Kunstgewerbe sind besonders die umfangreiche Vertretung der Kirchengemeinden bei der Erneuerung der Kirchengebäude sowie die Beratungen für verschiedene Ausstellungen neben der bereits in den Berichten erwähnten Förderung der Restaurierungen des Kunstgewerbes zu erwähnen. — Als neue Mitglieder wurden berufen: der Vorsitzende des Landesamtes für Denkmalspflege Dr. Bachmann in Dresden, Generalsekretär Bartsch vom Submissionsamt in Dresden, Stadtkanzlermeister Wirtler in Reichen, Direktor Dr. Wötcher von der Firma Willebrodt & Sohn in Dresden, Fabrikbesitzer Reich in Riesa, Hr. Thiel von den Deutschen Werkstätten in Dresden, der Vorsitzende des Deutschen Ausschusses für Friedhofskultur Baurat Wenzel in Dresden, der Leiter der staatlichen Porzellanmanufaktur in Dresden Prof. Dr. Zimmermann. Vorstand und Ausschüsse wurden in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestätigt, nur daß an Stelle des verstorbenen Maler-obermeisters Schiemer Tischlerobermeister Witzner-Reichen in den Vorstand gewählt wurde.

Konzert. (Georg Kulenkampff-Pohl.) Der Konzertgeber ist hier kein Fremder. Man erinnert sich noch genau seines erfolgreichen ersten Auftretens in einem der Kapell-Konzerte; er spielte überaus schön und selbst ein Sporthisches Violinkonzert. Diesmal, im Künstlerhaushalt, kam er zu den Hörern zuerst altklassisch, spielte Händel (As-Dur-Sonate) und Bach (G-moll-Sonate für Violone allein) technisch ebenso wie nach seinen des Vortrags vorzüglich. In der Bach-Sonate nahm er das Presto als Prestissimo mit blendender Virtuosität. Eine unerschütterliche Anspannung ist bei ihm selbstverständlich. Neben technischer Vollendung, Wärme und, wo erforderlich, auch Schärfe seines und diesmal ob seiner Größe und Tragfähigkeit anfallenden Eigentums zu zeigen, bot dem Künstler dann Goldmarks Part verblüffendes und noch immer seine Wirkung nicht verhehlendes Violinkonzert volle Gelegenheit. Das Andante in vollendeter Vokalgestalt gespielt, löste plötzlichen Beifall aus. Der Künstler, den man heute als einen der führenden deutschen Geiger zu begrüßen hat, schloß mit Etüden von Stojowski, Wändersperger und Ernst. Die ersten beiden Abende wird er im Januar (am 5.) einen zweiten mit durchgängig neuzeitlichen Werken folgen lassen. D. S. Vortrag. Am 26. Oktober eröffnete der Sächsische Ingenieur- und Architektenverein die Reihe seiner Winterveranstaltungen. Nach geschäftlichen Mitteilungen des Leiters, Oberregierungsrates Dr. Speck, sprach Oberregierungsbaumeister Koch einen ehrenden Nachruf für das verstorbene Ehrenmitglied des Vereins, Geh. Rat Dr. Erdmann, und hielt darauf einen Vortrag über: 30 Jahre Gemeinnütziger Kleinwohnungsbau in Dresden. Er besprach dabei, wie die Wohnungsnot in Dresden bei dem Durchbruch der König Johannstraße und der Niederlegung des Kaisermentzels in Dresden-Kruschwitz, in dem nach Aufgabe der Kaiserne für militärische Zwecke auch viele kleine Leute wohnten, besonders zunahm und wie damals der Gemeinnützige Bauverein als erster der großen Bauvereine gegründet wurde der mit

den Häusern an der Friedrichstraße seine praktische Tätigkeit 1889 begann. Er zeigte unter Vorführung einer größeren Zahl von Lichtbildern, wie sich der Grundriss von der damaligen Form mit 4 Wohnungen im Geschos mit eingezogenen Lichtböfen über den Grundriß mit 3 Wohnungen im Geschos, der im Dresdner Spar- und Bauverein in seinen 3 großen Gruppen der Polodowsky-Bekehrthäuser am Gräpitzplatz, der Dr. Bedtchäuser an der Königsbrüder Straße und der Pohl Schillinghäuser in Striesen angewendet wurde, zu dem Grundriß mit 2 Wohnungen im Geschos weiterentwickelte, der die großen Vorteile besserer Durchlüftung und Belüftung der Wohnungen hat. Als Beispiel führte er die grundlegenden Arbeiten des vom Dresdner Spar- und Bauverein errichteten Pieschener Blocks an der Marienhofstraße an, dessen dann in weiterer Folge dieses Systems die eben vollendete Häusergruppe am Gräpitzplatz folgte, sowie die nebenhergehenden Ausführungen des Kleinwohnungsbaureins an der Bornblitzstraße, an der Gesehstraße, am Bischofsplatz und an der Coswiger Straße, der Häuser der von der Stadt verwalteten Krankeinstellung und von Wohnhäusern der früheren Militärbaueverwaltung. Er zeigte dabei, wie die fast zum Schlagwort gewordene Abkehr vom Mehrfamilienhaus unbedeutend ist, soweit dafür technische, gesundheitliche, künstlerische und auch zum Teil wirtschaftliche Gesichtspunkte ins Feld geführt werden, wie in den neuesten Formen der Mehrfamilienhäuser, ebenso gesunde, schöne und praktische Wohnungen geschaffen werden können wie im Einfamilienhaus, das ja auch so mancherlei Nachteile habe. Man solle heute die Lösung der Wohnungsfrage nicht allein im Einfamilienhaus erblicken. In einem zuletzt gegebenen Schema zeigte er, wie in Fortführung der einwandfreien Bauweise des Pieschener Blocks gesunde und schöne Wohnungen auch im Mehrfamilienhaus im großen Maßstab geschaffen werden können. Vortrag. In der Dresdner Kunstschule von Prof. G. Richter, Georgplatz 1, hielt am



Die türkisch-perlische Entente.

Konstantinopel, 3. November. (Havas.) Der Führer der radikalsten Abordnung, die nach Teheran abgeordnet wurde, telegraphierte der nationalistischen Regierung, die Verhandlungen betreffend die türkisch-perlische Entente seien zu Ende geführt worden. Das Abkommen wurde von den Delegierten beider Parteien unterzeichnet.

Die albanische Frage.

London, 3. November. Reuters glaubt zu wissen, daß die verbündeten Regierungen in Belgien wegen des Einflusses südslawischer Soldaten in albanisches Gebiet Vorstellungen erhoben hätten. Im Unterhause wurde von Regierungseite mitgeteilt, die englische Regierung beantragte ihren Botschafter in Paris, der Botschafterkonferenz nahezuweisen, die Festlegung der albanischen Grenze nach Möglichkeit zu beschleunigen. Die südslawische Regierung soll aufgefordert werden, ihre Truppen auf südslawisches Gebiet zurückzuführen.

Eine kommunistische Verschwörung in Finnland.

Helsingfors, 3. November. Die Polizei ist einer kommunistischen Verschwörung auf die Spur gekommen. In Wyborg wurden 30 Personen verhaftet.

Der Vorsitz im Völkerbundsrat.

Paris, 3. November. Nach einer Mitteilung des „New York Herald“ aus Brüssel hat infolge der Abreise des chinesischen Gesandten in London, Wellington Koo, zur Washingtoner Konferenz, Symeon den Vorsitz des Völkerbundsrates übernommen.

Die irische Frage.

London, 3. November. Der Ausschuss der irischen Konferenz, bestehend aus Lloyd George, Chamberlain, Lord Birkenhead sowie den Einseitner-Vertretern Griffiths und Collins hielt gestern abend eine zweistündige Sitzung ab.

London, 3. November. Laut Press-Association glaubt man, daß in der gestrigen Sitzung des Ausschusses der irischen Konferenz zwischen der britischen Regierung und den Einseitnern ein endgültiges Abkommen über die Einzelheiten zweier verschiedener Pläne, von denen jeder die Einheit Irlands aufrechterhalten wissen will, erzielt wurde. Der Premierminister von Irland Sir James Craig wurde telegraphisch aufgefordert, nach London zu kommen, um mit den Vertretern der Regierung zu beraten. Die verlautet, hat Craig die Einladung angenommen und wird voraussichtlich am Sonntagmorgen in London eintreffen. Von maßgebender Seite wird erklärt, daß man an Craig mit einem Vorschlage herantreten werde, der auf eine Selbstbestimmung in den Grafschaften Tyrone und Fermanagh hinausläufe. „The Times“ läßt sich nicht so geberden, daß eine unmittelbare Lösung erwartet werden könne.

Keine Abreise Lloyd Georges nach Washington.

London, 3. November. Ähnlich wird berichtet, daß Lloyd George am Sonnabend nicht nach Washington abreist.

Gespannte Beziehungen zwischen Polen und Rußland.

London, 3. November. Reuters meldet aus Warschau: Der polnische Gesandte in Moskau wird nach Polen zurückkehren. Das Personal der pol-

nischen Gesandtschaft wird um die Hälfte vermindert, da die Beziehungen zwischen Polen und Rußland gegenwärtig gespannt seien.

Die Friedensbedingungen der Regierung von Angora.

Konstantinopel, 3. November. Die Nationalversammlung in Angora beschloß, nach Frankreich, England und Italien eine Mission zu entsenden, welche die Friedensbedingungen der Regierung von Angora mitteilen soll. Außerdem wird eine Mission unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten der Nationalversammlung im Laufe dieser Woche nach den vereinigten Staaten abreisen, um die Verhandlungen, die in Amerika wegen des Abschlusses einer Anleihe im Austausch gegen wirtschaftliche Vorteile aufgenommen wurden, zu beendigen.

Ein neues Kabinett in Portugal.

Lissabon, 4. November. Nach Beratung mit verschiedenen politischen Gruppen beauftragte der Präsident Almeida da Costa, den gegenwärtigen Kolonialminister, ein Kabinett zu bilden. Die Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts, deren Ansichten mit dem Prinzip der Bewegung vom 14. v. M. übereinstimmen, werden darin vertreten sein.

Funchal, 4. November. Alle Vorkehrungen zum Empfange Karls von Habsburg und Jita auf Madeira sind getroffen worden.

Die Abrüstungskonferenz.

Paris, 3. November. Nach einer Mitteilung aus New York berichtet der Washingtoner Vertreter der „New York World“, daß die Delegierten der vereinigten Staaten von Amerika an der Abrüstungskonferenz den Gedanken der Errichtung einer freiwilligen Gesellschaft der Nationen mit einem internationalen Gerichtshof als bestes Mittel für die Herabsetzung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande betrachteten. Sie hätten die Absicht, diesen Vorschlag als Zusatz zum Pakt von Paris also zum Völkerbundstatut einzubringen. Nach der „Chicago Tribune“ handelt es sich um den ursprünglichen Harding'schen Plan einer Gesellschaft der Nationen, die an Stelle des Völkerbundes treten soll.

Die Verträge der amerikanischen Eisenbahngesellschaften.

New York, 3. November. Das Schifffahrtsbureau beschloß, daß jeder zwischen amerikanischen Eisenbahngesellschaften und ausländischen Transportunternehmungen abgeschlossene Vertrag, der geeignet sei, der amerikanischen Handelsflotte Nachteile zuzufügen, aufgehoben ist. Präsident Harding billigte diesen Beschluß. Die amerikanischen Eisenbahngesellschaften werden aufgefordert, Erklärungen über ihre Verträge abzugeben.

Amerika und eine neue griechische Anleihe.

Paris, 4. November. Der „Chicago Tribune“ wird aus Washington gemeldet: Das Finanzdepartement werde keine neue griechische Anleihe genehmigen und habe der griechischen Regierung mitgeteilt, daß sich die Regierung nicht für ermächtigt halte, ihr die 300 Mill. Doll., die Griechenland während des Krieges versprochen wurden, ohne Zustimmung des Kongresses zu leisten.

Die Kämpfe in Marokko.

Madrid, 3. November. Die Zeitungen veröffentlichten Äußerungen der Kriegsminister im

Ministerat am Dienstag über die Wiederaufnahme der spanischen Offensive in der Weißä-Zone in den nächsten Tagen. Die Verluste der Arabien in Gomorra stellen sich als immer erheblicher heraus.

Amerika und ein britisch-französisches Bündnis.

London, 4. November. Der amerikanische Botschafter Harvey erklärte in einer Rede in Liverpool, der europäischen Friede sei jetzt das Ziel, das erreicht werden müsse. Zur Äußerung Lord Davis vor einigen Tagen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika vielleicht einem Bündnisse zwischen Großbritannien und Frankreich beitreten würden, sagte Harvey, es falle ihm das unglückliche Los zu, Missionen bezüglich der Haltung der Vereinigten Staaten zu einem solchen Bündnisse zu zerstreuen. Es könne nichts dadurch gewonnen werden, daß man die Wahrheit nicht sehen wolle. Die von Davis geäußerten Hoffnungen müßten als vergeblich angesehen werden. Die Tatsache sei unumstößlich, daß ein Beitritt der Vereinigten Staaten von Amerika zu irgendeinem Bündnis vollkommen unmöglich sei.

Die amerikanische Bombengeschwader Linienfahrer bekämpfen.

„Army and Navy Journal“ bringt nachträglich genaue Berichte über die Bekämpfung des Linien-schiffes „Alabama“ durch Bombengeschwader. Bemerkenswert sind die Einleitungen, der eigentliche Angriff durch Licht- und Rauchschiffen. Für den Nachtangriff warfen Flugzeuge um das Schiff an Fallschirmen befestigte Leuchtschalen von 200 000 Kerzen Lichtstärke ab, jedoch die Luftschichtgeschwindigkeit völlig gelendet wurden. Für den Morgenangriff gingen Jagdflugzeuge in Lud der „Alabama“ und legten von dort eine so wirksame Rauchschiffen, daß sie allein schon die mit Bomben und Torpedos angreifenden Geschwader vollständig geschützt hätte. Ein zweites wirksamstes Kampfmittel waren Phosphor- und Tränengasbomben. Bei Phosphorbombentreffern hätte ein bieder, weißer Rauch das Schiff ein, beengende Phosphorwolken wurden über das ganze Oberdeck und die Türme geschleudert. Dann wurden leichte und schwere Bomben geschleudert, die mit einer etwa 10 Proz. Tränengas enthaltener Mischung gefüllt waren. Bei leichteren (11,3 kg) Bomben war bei nur drei Treffern die Bergung so fort, daß nach 45 Minuten die die Wirkung fehlenden Offiziere vor dem Vergehen an Bord Geismatzen anlegen mußten. Bei einer Beschädigung mit 22,7 kg Tränengasbomben bedeckten nach zwei Stunden nach dem Angriff dicke Gaswolken das Schiff, und der Schlepper mit den Aufnahmefahrern konnte auch dann noch nicht längsleit gehen, sondern nur vorsichtig dem Bug sich nähern. Im dem eigentlichen Wirkungsschießen wurde die „Alabama“ mit Bomben von 90,7, 454, 500 und 907 kg beschossen. Die beiden abgeworfenen Bomben des erstenannten Kalibers trafen das Oberdeck und drangen bis zum Panzerdeck ein. Die vorderen Abteilungen der „Alabama“ wurden durch die Explosion vollkommen zerstört, das Oberdeck wurde auf 9 m Länge aufgerissen und die Deckplattung bis zu einer Höhe von 6 m aufgebogen, jedoch die Beschädigung des vorderen Turmes vollständig am direkten Feuer über Bug bis zu 10 Grad an jeder Seite behindert waren. Diese eine Salve von nur zwei Bomben würde im Ernstfalle schon genügt haben, das Schiff nahezu hilflos zu machen. Die Gewalt der Explosion riß die schwere Ankerkette los, jedoch das Schiff

zu treiben begann und erst durch das Ausbringen eines anderen Ankers wieder festgelegt werden mußte. Der letzte Angriff des Tages bestand aus dem Abwurf von vier je 10 Ztr. schweren Panzer-Sprenggeschossen mit je einem halben Zentner Sprengladung (TNT) aus etwa 1500 m Höhe. Sie waren jedoch Mißtreffer. Am nächsten Tage benutzte man sogar Bomben von je über 18 Ztr. Eine derselben riß den Mast ab, zerstörte die Mastbauten und verursachte, daß sich die „Alabama“ auf die Seite legte.

Die südchinesische Regierung und die Washingtoner Konferenz.

Paris, 4. November. Nach einer Mitteilung der „Chicago Tribune“ aus Washington hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika der südchinesischen Regierung in Kanton, an deren Spitze Sunjien steht, eine Note erhalten, in der gesagt wird, daß die Regierung von Kanton nichts mit der Delegation zu tun habe, die aus Peking zur Washingtoner Konferenz geschickt worden sei, und daß die südchinesische Regierung sich durch die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz bezüglich China nicht gebunden fühle.

Die neue Funkstation auf Long-Island.

Washington, 4. November. Präsident Harding wird heute abend 8 Uhr nach der Zeit von Greenwich die neue Funkstation auf Long-Island durch eine Vorlesung an die ganze Welt einweihen. Die neue Station wird nach der Fertigstellung gleichzeitig und unabhängig voneinander nach fünf verschiedenen Richtungen Nachrichten zu geben imstande sein. Ihre Aktionsradius reicht über Europa, Südamerika und die Länder jenseits des Äthiopischen Ozeans.

Lohnbewegung.

Berlin 3. November. Laut „N. N. am Mittag“ wird das Verzeichnis der Stadt Berlin in dem Streit der Gewerkschaften mit den Arbeitgebern eingreifen, nachdem die Bemühungen des Vermittlungskommissars gescheitert sind. Voraussichtlich werden die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch heute im Arbeitsrat zusammenzutreffen, das sein Eingreifen mit den Ratgebern begründet, die dem Fremdenverkehr durch den Ausfall erwachsen.

Zur Entschliebung der Berliner Gewerkschaftskommission, die mit einem Generalstreik droht, falls innerhalb dreier Tage keine Einigung im Schlichtungswerke erzielt werden sollte, hat der Vorstand der gewerkschaftlichen Arbeitgeberverbände erklärt, daß er nach wie vor zu Verhandlungen bereit sei, jedoch an der Forderung der Bezahlung eines sechsprozentigen Rechnungsaufschlages durch das Publikum an die Berliner festschle. Jüngerewache Drohungen gänzlich augenblicklicher Ergänzungen werde er vollkommen unbeachtet lassen.

Breslau, 3. November. Der Landarbeiterausstand, der bisher etwa acht Kreise ergriffen hatte und allgemein zu werden drohte, ist nunmehr, nachdem die vom Reichspräsidenten als Vermittlung für Verhandlungen geforderte Wiederaufnahme der Arbeit bis heute mittag erfolgt ist, durch Verhandlungen beigelegt worden. Den Arbeitern wird auf den Vorlohu ein Zuschlag von 20 Proz. gewährt.

2. November der Bildhauer Prof. Brodau den ersten seiner angekündigten Vorträge über Psychognomie, die Formenprache der Seele. Im Sinne angewandter Philosophie baute der Vortragende eine Methode aus, mit deren Hilfe eine wissenschaftliche Beurteilung des Menschen aus demjenigen möglich ist, dem ein intuitives Erkennen zunächst abgeht. Seine Ergebnisse induktiver Folgerungen beleuchtete der Vortragende außerdem vom naturwissenschaftlichen Standpunkte aus. In den weiteren fünf Vorträgen, die am 9., 23. und 30. November und am 7. und 14. Dezember stattfinden, wird der Vortragende tiefer in Einzelheiten eindringen und zugleich auch seine Theorie praktisch veranschaulichen.

Johannes Rogg †. Unerwartet ist im Alter von 50 Jahren der Dresdner Kunstmaler Johannes Rogg gestorben. Der künstlerische Ruf Roggs stieg vor allem auf sein Wirken als Porträtmaler. Seine Porträts besaßen neben dem Vorzug großer Bildähnlichkeit den anderen einer strengen technischen und geistigen Durcharbeitung. Besondere Feinheit ist seinen Porträtbildern nachzuräumen, bei denen er nur einige wesentliche Züge hervorhob und sich auf Andeutung der Augenfachen beschränkte. Der Verstorbene hat seine Ausbildung als Schüler Prells an der Dresdner Kunstakademie genossen und war Mitglied der Dresdner Kunstgenossenschaft.

Wissenschaft und Technik. Die botanischen Sammlungen des verstorbenen Forschungsreisenden Paul Sinterin werden jetzt von einer deutschen Firma in Schweden zum Kauf angeboten. Die Sammlungen bestehen einerseits aus zwei Herbarien, das eine aus dem Orient — Ballanhalbinsel, Kleinasien und Persien —, das andere aus Portorico, und andererseits aus einer umfangreichen morphologischen Sammlung, die hauptsächlich Bräute tropischer Gewächse enthält. Das Orientherbarium umfaßt mehr als 18 000 verschiedene Arten in mehr als 40 000 Stücken, das Portorico-Herbarium enthält etwa 7000 Nummern.

Auf einer in Jaffa abgehaltenen Konferenz des „Schutzverbandes hebräischer Autoren in Palästina“ wurde beschlossen, eine hebräische Enzyklopädie herauszugeben, die alles Wissenswerte über Palästina enthalten soll. Das Werk, zu dessen Abfassung sich die angesehensten hebräischen Schriftsteller vereinigt haben, wird in seiner Gesamtausgabe zehn umfangreiche Bände umfassen.

Der bekannte Schweizer Rechtsgelahrte Andreas Heusler ist in Genf im Alter von 88 Jahren gestorben. Er lehrte seit 1863 an der Universität seiner Heimatstadt deutsches Recht. Seine bedeutendsten Werke sind „Die Gewere“ (1872), ein wichtiger Beitrag zum mittelalterlichen Privatrecht, die Verfassungsgeschichte der Stadt Basel im Mittelalter (1860) und der Ursprung der deutschen Stadterfassung (1872). Ferner gab er die Rechtsquellen der Kantone Wallis (1890) und Tessin (1892) heraus.

Literatur. Ludwig Bergers Volksbuch „Grisebidis“ gelangte in Frankfurt a. M. mit außerordentlichem Erfolge zur Uraufführung. Die Grisebidisage ist frei bearbeitet, einfach in Sprache und Handlung; dementsprechend war auch die Aufführung, die der Dichter selbst in Bild geist hatte.

Naz Jungnickels Märchenpiel „Das Herz in der Laterne“, das schon in Reclams Universalbibliothek erschienen ist, gelangt mit einer Musik von Hans Ebert, im Landes-theater zu Reiningen zur Uraufführung und wurde auch vom Schauspielhaus in Köln zur Aufführung angenommen. Jungnickels Schauspiel „Die Räuber“ gelangt im November im Schauspielhaus zu Remscheid zur Uraufführung.

Ein Schillerbrief aus dem Jahre 1801 ist vom Stadtgeschichtlichen Museum in Leipzig erworben worden. Der Brief kommt aus der Zeit, in der Schiller an der Niederschrift der „Jungfrau von Orléans“ arbeitete, und demnachlich auch seinen berühmten Gedichtentwurf „Deutsche Größe“ inspirierte, woraus der

Hinweis auf den bevorstehenden Frieden von Lunowille hinzudeuten scheint. Der Anlauf des Briefes wurde durch ein Vermächtnis Gajochs sowie durch Stiftungen des Geh. Kommerzienrats Habenicht, der Kommerzienräte Jester und Reichel in Leipzig und des Kunsthändlers Henrici in Berlin möglich gemacht. Die Schillergruppe des Museums, die im Gegensatz zu der inhaltreichen Vorhegruppe noch wenig Ausstellungsfähigkeit von Wert aufwies, ist durch diese Zuwendung sehr bereichert worden.

Als Abschluss der Erinnerungsfest aus Anlaß von Dantes Todestag ließ das Bürgermeisterrat in Ravenna einige Bruchstücke von Dantes Gebeinen, die im Jahre 1865 verschunden und kurz darauf wieder aufgefunden worden waren, dem Skelett wieder einfügen. In Gegenwart unabhängiger Persönlichkeiten wurde festgestellt, daß es sich um Dantes Skelett handelte.

Die bekannteste türkische Dichterin Halide Edib Hanem, eine bedeutende Vorkämpferin der Frauenbewegung und vielgelesene Roman-dichterin, war bei dem femalistischen Heere als Krankenschwester tätig und ist nun, wie aus Konstantinopel berichtet wird, zum Korporal befördert worden. Sie hat nämlich in dem letzten Geheft gegen die Griechen selbst das Gewehr gehandhabt und mitgekämpft. Während ihrer kriegerischen Tätigkeit hat sie aber auch bereits einen Roman vollendet, der den türkischen Unabhängigkeitskampf verherrlicht.

Die Comenius-Bücherei in Leipzig, die größte pädagogische Bibliothek Deutschlands, wird am 15. November das Jubiläum ihres 50jährigen Bestandes begehen. Am 15. November 1871 wurde in Leipzig zur Feier des 200jährigen Todestages des großen Pädagogen J. A. Comenius die Gründung einer pädagogischen Zentralbibliothek beschlossen. Aus Keinen Wünschen hat sich die Bücherei, die jetzt in einem eigenen stattlichen Gebäude untergebracht ist, zu einem Bücherbestande von 251 000 Bänden ent-

wickelt. Maß die Vollständigkeit der hier gesammelten pädagogischen Literaturen aller Zeiten und Völker betrifft, wird diese Lehrerbibliothek von keiner anderen Bücherei übertroffen. Jährlich werden über 40 000 Bände verliehen, und zwar nach allen Teilen Deutschlands, sogar nach dem Auslande. Die pädagogische Zentralbücherei wird vom Staate subventioniert, von der Stadt Leipzig, vom Reich und von der sächsischen Lehrerschaft unterstützt. Die Zustände Preußens und der preussischen Lehrerschaft hingegen sind trotz der starken Benutzung der Bibliothek gering. Die Unterstützung reicht nicht aus, um den Gesamtaufwand der Bibliothek zu decken. Die volle Auswertung der Bücherei wäre erst gewährleistet, wenn das zwölfwändige gedruckte Verzeichnis vorläge. Es würde gleichzeitig eine umfassende wissenschaftlich wertvolle Bibliographie der gesamten Erziehungs-wissenschaft bilden. Die Herstellung des Verzeichnisses erfordert 180 000 M., die von der pädagogischen Zentralbücherei bisher nicht aufgebracht werden konnten.

In Stuttgart ist Geh. Hofrat Prof. Dr. Adolf Gerstmann im 66. Lebensjahre gestorben. Der früher unter Baron Puttly 14 Jahre lang als Dramaturg am Hoftheater verdienstvoll gewirkt hatte, hat der Bühne mehrere eigene Schauspiele und Lustspiele, sowie Übersetzungen und Bearbeitungen aus dem Französischen zugeführt. Seit Jahren war er Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Theatergeschichte.

Bildende Kunst. Der Altmeister der modernen spanischen Malerei, Francisco Pradilla, ist im Alter von 73 Jahren in Madrid gestorben. Als Schöpfer großer geschichtlicher Szenen und glänzender dekorativer Gemälde, als weitgerühmter Schilderer des spanischen Volkstums in alter und neuer Zeit, das er in kleineren Bildern von funkelndem Farbenschwung schildert, als Leiter der spanischen Akademie in Rom und als langjähriger Direktor des Madrider Museums hat er in seinem Vaterlande außerordentliches Ansehen gewonnen.



Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 4. November.

Der Rat der Stadt Dresden, welche die Patenschaft für Königsgräber übernommen hat, hat an den dortigen Bürgermeister eine Entschließung gelangen lassen, in der es heißt: Vor allem wollen wir unserer Patenschaft Königsgräber, deren Stadtkreis mit weit überwiegender Mehrheit sich für Deutschland erklärt hat, und die trotzdem vom Deutschen Reich abgetrennt werden soll, das Gelübnis abgeben, daß wir bei von uns übernommenen Verpflichtungen eingedenk sein und ihr unverrückliche Treue halten werden.

Von Montag, den 21. November ab, werden auf dem sächsischen Vieh- und Schlachthof wöchentlich zwei Viehmärkte — Montags und Donnerstags — abgehalten.

Heute vormittag wurde in der Ausstellungshalle am Zwingerreich die vom Deutschen Hygiene-Museum Dresden veranstaltete Ausstellung „Der Mensch“ in Gegenwart einer großen Anzahl von Vertretern der Staatsbehörden, der sächsischen Behörden und der Wissenschaft eröffnet. U. a. waren erschienen Ministerpräsident Rud. die Staatsminister Ripinski, Minister des Kultus und öffentlichen Unterrichts Heisinger, die Amtshauptmänner Dr. Lempe und Dr. Schulze, Oberbürgermeister Müller und der Präsident des Landesgesundheitsamtes Dr. Weber.

Oberbürgermeister Müller gedachte zugleich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vereins Deutsches Hygiene-Museum des Wirkens des Dr. Dingner, durch dessen Opferwilligkeit die Gründung des Deutschen Hygiene-Museums ermöglicht wurde. Als im Jahre 1911 die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden der Weltöffentlichkeit für Millionen von Besuchern wurde, da war es vor allem die Abteilung „Der Mensch“, der das Interesse des Besuchers für sich in Anspruch nahm. Der Eindruck der Ausstellung war so groß, daß die sächsischen Körperschaften sich veranlaßt fühlten, durch Errichtung eines Hygiene-Museums die ausgestellten Gegenstände dauernd der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Ausstellung „Der Mensch“ im Markthallengebäude soll der erste Schritt sein, um dem Deutschen Hygiene-Museum auf dem Areal des Markthalles ein würdiges und dauerndes Heim zu schaffen.

Reich, Staat und Stadt sind in gleicher Weise an dem Bau eines Hygiene-Museums interessiert. Offensichtlich gelingt es, die dazu nötigen Mittel zu beschaffen, damit im Jahre 1922 mit dem Bau begonnen werden kann. Der Teilausstellung „Der Mensch“ sind die neuesten Forschungsergebnisse zugute gekommen. Sie wird später als Wanderausstellung ins Reich und auch ins Ausland hinausgehen und wird so hoffentlich ihre Sendung als Stätte der Belehrung und der Kulturpropaganda für das Deutsche Volk zu erfüllen.

Staatsminister Ripinski betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß er als Minister des Innern zwischen enge Beziehungen zu dem Hygienemuseum habe, einestels weil ihm die Verwaltung der Lingenreitung obliege, andererseits weil das Ministerium des Innern die Verpflichtung habe, alle Bestrebungen, welche die Förderung der Wohlfahrt bezweckten, zu unterstützen. Die Ausstellung besitze aber nicht nur als Wohlfahrtsleistung Bedeutung, sie sei auch deshalb zu begrüßen, weil sie ein Mittel sei, um die internationale Verständigung zu fördern. Auch aus diesem Grunde sei der Ausstellung „Der Mensch“ ein voller Erfolg zu wünschen. Mit Worten des Dankes an die Förderer und Beteiligter der Ausstellung schloß der Minister. Darauf wurde unter Führung der wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Vogel und Dr. Engelhardt ein Rundgang durch die Ausstellung angetreten und die Besichtigung für die Öffentlichkeit freigegeben. Die Ausstellung ist täglich von 11 bis 8 Uhr geöffnet.

Im Gewerbeverein wird nächsten Montag an Stelle des immer noch erkrankten Hrn. Kapellmeister Rörke Hr. Schulz direktor Genzel einen Vortrag über „Wie pflanzt die Schule den Verstand und Liebe für Heimat und Vaterland?“ halten. Montag, am 14. November, findet ein Unterhaltungsabend unter Mitwirkung der Herren Ermold und Lange von der Staatsoper und der „Frischlichen Spötter“ (Hr. Geißler und Hr. Müller-Heim) statt.

Die Hochschule für Stenographie eröffnet ihre Vorlesungen und Übungen im zweiten Novemberwochen. Sie finden im Hofaal 2 der Tierärztlichen Hochschule, Zirkusstraße 40, I, statt und zwar: Montag 6 bis 8 Uhr abends Übungen zu den ältesten deutschen Systemen von Prof. Dr. Dr. Fuchs, 8 bis 9 Uhr Vorlesung über Bibliothekswesen, Regierungsrat Scheunig, Mittwoch 6 bis 7 Uhr abends Methodik des Stenographieunterrichts (Fortsetzung) und Lehrübungen, Stenographielehrer Köhlig, 7 bis 9 Uhr Besprechung von Vorträgen, Berichten und Mitteilungen der Teilnehmer, Direktor Dr. Fuchs. Bei einstufiger Vorlesung ist die Gebühr für das Halbjahr 3 M., bei zweistufiger 6 M.

Die Ortsgruppe Dresden des Bundes der Auslandsdeutschen veranstaltet am Freitag, den 11. November, abends 7 1/2 Uhr, im Festsaal des Ausstellungspalastes einen großen Herbstball zum Besten einer Weihnachtsbescherung für Kinder vertriebener Auslandsdeutscher. Mitwirkende: Hr. Kammerjäger Martin Otto (Tenor), Hr. Kammermusikant Walter Schilling (Klarinette), Hr. Sacha Ivan Wochanoff, russischer Balletmeister, und Frau Kolbe (russische Tänze). Eintritt 5 M. einschließlich Steuer. Vorverkauf: Reißberg-Kaufhaus, Heinrich Göbels und in den durch Plakate gekennzeichneten Stellen.

Der Allgemeine freie Angestelltenbund hält am 9. November, abends 7 Uhr, in den Räumen des Carolagartens eine Revolutionsfeier ab, in der Reichstagsabgeordneter Kaufhäuser-Berlin über die Bedeutung des 9. November für die Angestellten der Betriebe, in denen die Arbeiterchaft den 9. November durch Arbeitruhe feiert, aufgeföhrt, sich dem Vorgehen der Arbeiterchaft anzuschließen.

Die Ziehung der Geldlotterie für die Künstlerhilfe findet vom 14. bis 21. November unter Aufsicht des Polizeipräsidenten im Döbnerbau, Eingang Landhausstraße, statt. Der Höchstgewinn dieser Lotterie beträgt im günstigsten Falle 100 000 M. Lose zu 5 M. sind noch bei allen Staatslotterie-Einnahmern und den durch Plakate kenntlichen Geschäften, sowie beim Hauptvertrieb, Invalidenpark, König Johannstraße, zu haben.

Für die Kleintanzbühne Weidewitz ist auch diesen Monat ein ausgearbeitetes Programm zusammengestellt worden, das von einer Reihe der besten Kabarettkünstler bestritten wird. Die jugendliche Tänzerin Lore Scholz tanzt grazios und gewandt einen Chopin-Walzer und eine Gavotte. Fritta René bietet ihre phantastischen Tanzgebilde formvollendet und mit bestrickender Anmut. Auch Klein-Gis ist ein Tänzer, er hält jedoch seine Tanzleistungen und nicht minder seinen drohischen Auftritt ganz in groteschem Stil; seine tollkühnen Tanzbewegungen, zu denen er singt und plaudert, und die durchaus in formlichem Gewand gekleidet sind, erwecken lärmliche Heiterkeit. Die Reihe der Vortragskünstler leitet Herrmann Laurence ein, der Ernstes und Humorisches, zum Teil in gebundener Rede, wirkungsvoll vorträgt. Als Anker zeichnet er sich durch witzige Einfälle aus. Eine reizende Vortragskünstlerin ist Rose Gellen, die über eine feinsinnige, an witzigen Gedanken reiche Dialektik verfügt. Eine willsprühende Sourette ist Anni Kleinsch, die verschiedene Solofolgen durch ihren glänzenden Humor, ihre gute Gesangsstimme und ihr mimisches Talent so vorzutragen weiß, daß sie alle Zuhörer in ihren Bann zieht. Einer der besten deutschen Humoristen ist Walter Steiner, dessen Vorträge Witz und Humor atmen und der auch in seinen Satiren, wenn er politische und gesellschaftliche Vorgänge geißelt, tauschenden Beifall erntet. Den Schluß bildet Fred Hero, der mit erstaunlicher Sicherheit bekannte Skulpturen der Antike in Goldbronce stellt. Die Salonkapelle, von Heinz Eiber geleitet, und Frank Wolf am Flügel tragen zur Verschönerung des Abends durch musikalische Gaben wesentlich bei.

Im sächsischen Vieh- und Schlachthof ist unter Kindern am 1. d. M. die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Geföhlt worden sind am 2. November in Zeitz 6 Würze eine dreireihige Perlenkette, etwa 1,30 m lang. In der ersten Reihe befinden sich 60, in der zweiten 70 und in der dritten 81 Perlen. — Ferner 1 Brillantbroche und 14 Brillanten auf Platinunterlage, 1 goldene Brosche mit Saphir, letzterer mit Brillanten besetzt, 1 goldene Armbanduhr, 1 goldenes Kettenarmband mit Reibkissen, auf welchem sich der Name „Wolf“ befindet. Verdächtig wird ein Unbekannter, 26-28 Jahre alt, 170 cm groß, schmächtilches blasses längliches Gesicht, karles, dunkelblondes, fleckiges mit weichen Büscheln und grünem L. benannt. Der Bescholtene hat eine Belohnung von 20 000 M. für Wiederherbeibringung der gestohlenen Sachen ausgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Landes kriminalpolizei, Dresden, Schlegelstraße 7, III, Zimmer 210, zu Reg. 774/21 erbeten.

Abhanden gekommen ist einer hiesigen Dame am 1. November eine kleine ovale Remontoiruhr aus Platin, mit schwarzen Stahlzeigern, verstellbarem Zifferblatt mit Brillanten besetzt. Die Geschädigte hat für Wiedererlangung der Uhr 5000 M. Belohnung zugesichert. Wer Angaben über den Verbleib der Uhr machen kann, wird nach der Kriminalpolizei gebeten.

Sächsische Angelegenheiten.

Schwarzberg. Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Schwarzberg hat in seiner letzten Sitzung ein besonderes Interesse des Bezirkes in der Errichtung einer Knabenschule an Stelle des Seminars zu Schneeberg nicht anerkennen können, da dem Bedürfnis nach Förderung besonders befähigter Knabenschüler durch Einrichtung von Förderklassen bei dem staatlichen Reformgymnasium zu Schneeberg völlig genügt würde; unerlässlich sei aber hierbei die Erhaltung des Seminars-Internates zur Benutzung für die Schüler des Gymnasiums.

Limbach. Der Stadtrat zu Limbach hat beschloffen, in Sachen der Errichtung sächsischer Spiel- und Sportplätze einen besonderen Ausschuß zur Förderung der Vorhaben zu gründen, dem die Regelung der sämtlichen einschlägigen Fragen übertragen wird.

Warthenberg. Von den sächsischen Kollegien ist der Haushaltsplan der Stadt für 1921/22 beraten und genehmigt worden, der einen Nettobetrag von 1118 000 M. aufweist, wofür die Deckung fehlt. Die Grundsteuer ist für die erste Hälfte des Rechnungsjahres auf 1 M., für die zweite Hälfte auf 2 M. festgesetzt worden. Zugestimmt worden ist der Erhöhung des Sachpreises um 50 Pf. auf 2,25 M. je Kubikmeter.

Naun. Der Gemeinderat zu Naun hat den Haushaltsplan der Gemeinde für 1921/22

verabschiedet. Er schließt mit einer Einnahme von 612 165 M. und einer Ausgabe von 690 067 M., jedoch ein Fehlbetrag von 77 902 M. vorhanden ist. Dieser ist in der Hauptsache dadurch entstanden, daß im Haushaltsplan 50 000 M. als Gemeindefürsorge für ein zu erbauendes zweites Sechsfamilienhaus, 15 000 M. für bauliche Verbesserungen im Volkshaus, sowie 30 000 M. Kosten des neuen Bebauungsplanes mit enthalten sind. Zur Deckung dieses Fehlbetrages sowie zur Zahlung des Kaufpreises für mehrere zu erwerbende Grundstücke ist ein Darlehen in Höhe von 150 000 M. aufgenommen worden.

Tageschronik.

Berlin, 3. November. Ein neues Automobilattentat mit einem Drahtseil, das glücklicherweise ohne jeden Unfall verlief, ist am Donnerstag auf der Landstraße Krennen-Berlin verübt worden. Die Fahrer eines Dorentransport-Autos bemerkten gestern abend auf der Landstraße zwischen Krennen und Schwanze, daß zwischen zwei Bäumen ein Drahtseil etwa in der Höhe des Fahrerfußes gespannt war. Dank ihrer Geldestgegenwart gelang es, noch im letzten Augenblick den Wagen wenige Meter vor dem Seil zum Stehen zu bringen. Das Seil hatte eine Stärke von 1 1/2 bis 2 cm und war mit Eisenklammern an den Bäumen befestigt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Berlin, 3. November. Wasserwörter Großmann ist vom Polizeipräsidenten nach dem Untersuchungsgefängnis in Roabit gebracht worden, da der mit der Untersuchung betraute Landgerichtsrat Dr. Böhmert den Beschuldigten außer über die in Berlin verübten Mordtaten auch auf Ersuchen auswärtiger Polizeibehörden darüber vernimmt, ob in anderen Städten unauferklärte gebliebene Lustmorde auf sein Konto zu setzen sind. Von dem Gerichtsrat Prof. Dr. Strauch wird Großmann auf seinen Geisteszustand untersucht. Sein Verteidiger hat jetzt den Antrag gestellt, Großmann in die Irrenabteilung des Jelleneingefängnisses, Lehrtier Straße, abzuführen, damit deren Leiter neben dem Gerichtsrat in dauernder Beobachtung feststellt, ob und inwiefern Großmann für seine Taten verantwortlich ist.

Hamburg, 3. November. In der Nordsee sind vom Dampfer „Vort“ drei Personen über Bord geföhrt worden und ertrunken.

Königsberg, 3. November. Seit Mittwoch abend tobt hier Besturm von Orkanstärke. In der Nacht setzte ein mit gewaltigen Schnee- und Hagelstürmen verbundenes schweres Gewitter ein, das stundenlang anhielt und schweren Schaden angerichtet hat. Als sich gegen Morgen das Unwetter etwas gelegt hatte, zeigte sich ein nördlicher Horizont ein gelblich-grünes Nordlicht, das eine Viertelstunde sichtbar blieb. Am Donnerstag vormittag brach der Sturm mit neuer Kraft los; von der samländischen Steilküste, wo die hunderttönen hohen an den Hedenhalten und Promenaden schweren Schaden angerichtet haben, werden große Erdstürze gemeldet. Der Verkehr im Hafen ist des schweren Regens wegen fast vollständig eingestellt; aus der Provinz werden Blisichläge, Brandschäden und andere durch den Sturm und das Unwetter hervorgerufene Schäden gemeldet.

München, 3. November. In einem Anwesen in Schwabing b. München ist von zwei noch unermittelten Männern Nadium im Werte von über einer halben Million gestohlen worden. Man vermutet, daß sich die Täter nach Berlin oder Frankfurt a. M. gewandt haben.

Stockholm, 3. November. Ein furchtbarer Sturm hat in ganz Schweden Schaden angerichtet. In Helsingborg sind die neuen Hafenanlagen teilweise zerstört. Der Dampfer „Stockholm Bishop“ konnte in den Wäner-Hafen nicht einlaufen, sondern mußte nach Stockholm zurückkehren. Bei Kalmberg liegt der Schnee 3 Meter hoch. Der Schneesturz aus Nord-Süd ist bei der nordwestlichen Station stehen geblieben und kann nicht weiterkommen.

Kopenhagen, 3. November. Durch eine Sturmflut sind in der Umgebung von Kopenhagen schwere Übersetzungen verursacht worden. In der Nähe von Kopenhagen sind die Vorflüsse unter Wasser gesetzt worden, in Kopenhagen selbst Dächer abgedeckt und andere Häuserbeschädigungen angerichtet worden. Die Verbindung mit Deutschland erlitt eine mehrstündige Unterbrechung. Ein deutsches Segelschiff, das bei der Insel Falster verankert lag, wurde losgerissen und abgetrieben, wobei das Telefon- und Telegraphenlabel zwischen Falster und Roen zerriß. Das Schiff sank schließlich. Die Besatzung ist gerettet.

Anzeigen.

Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus: Sonntag, 6. November „Siegfried“. Titeldarsteller — Fritz Bogelstrom, Wanderer — Friedrich Pfahls, Alberich — Ludwig Ermold, Mime — Hans Rüdiger, Fasner — Julius Butzki, Brunnhilde — Helena Forti, Erda — Irma Terzani, Stimme des Waldvogels — Gerde Metzem-Rittsch. Musikalische Leitung: Hermann Rüdiger. Spielleitung: Georg Toller. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus: Sonnabend, den 5. November wird das in der vorigen Spielzeit neu einstudierte Trauerspiel „Die Traut von Messina“ von Friedrich v. Schiller wieder in den Spielplan aufgenommen. Besetzung der Hauptrollen: Habella — Uta Seibach, Don Juan — Friedrich Lindner, Don Cejar — Willi Klein-vöhring, Beatrice — Antonia Dietrich, Diego — Erich Bonte, Führer des ersten Chores — Ernst Müller, Führer des zweiten Chores — Ernst Martens, Spielleitung: Paul Biede. Anfang 7 Uhr.

Sonnabendbesetzung in der Kreuzkirche, nachmittags 6 Uhr. 1. Christian Ritter: Tostata in D-moll für Orgel (herausgegeben von Richard Buchmeier). 2. Hans Sachs: „Wach auf!“, Weihenstephan (Münchberg 1536). 3. Zwei Motetten a) Johann Walther (Dresden 1655): „Wein auf Gottes Wort“, b) Martin Luther (Rohrbach 1630): „Ich werde nicht sterben“.

Sonnabendbesetzung in der Kreuzkirche, nachmittags 6 Uhr. 1. Christian Ritter: Tostata in D-moll für Orgel (herausgegeben von Richard Buchmeier). 2. Hans Sachs: „Wach auf!“, Weihenstephan (Münchberg 1536). 3. Zwei Motetten a) Johann Walther (Dresden 1655): „Wein auf Gottes Wort“, b) Martin Luther (Rohrbach 1630): „Ich werde nicht sterben“.

Sonnabendbesetzung in der Kreuzkirche, nachmittags 6 Uhr. 1. Christian Ritter: Tostata in D-moll für Orgel (herausgegeben von Richard Buchmeier). 2. Hans Sachs: „Wach auf!“, Weihenstephan (Münchberg 1536). 3. Zwei Motetten a) Johann Walther (Dresden 1655): „Wein auf Gottes Wort“, b) Martin Luther (Rohrbach 1630): „Ich werde nicht sterben“.

Sonnabendbesetzung in der Kreuzkirche, nachmittags 6 Uhr. 1. Christian Ritter: Tostata in D-moll für Orgel (herausgegeben von Richard Buchmeier). 2. Hans Sachs: „Wach auf!“, Weihenstephan (Münchberg 1536). 3. Zwei Motetten a) Johann Walther (Dresden 1655): „Wein auf Gottes Wort“, b) Martin Luther (Rohrbach 1630): „Ich werde nicht sterben“.

Volkswirtschaftliches.

Die Inwertknappheit.

Vom Verein sächsischer Lederwarenhersteller sind geschrieben: Die jetzige Inwertknappheit beruht in der Hauptsache auf einer ganz ungenügenden Wagenherstellung seitens der Reichsregierungen, da auf Verfügung des Reichsverkehrsministeriums zunächst alle gedeckelten Güterwagen zur Beförderung von Kartoffeln zur Verfügung gestellt werden müssen. Es ist deshalb dringend gebeten, damit die vorläufig spätlich eingehenden Inwertknappheiten einer möglichst gleichmäßigen Verteilung zugänglich gemacht werden können, daß von Parteireisenden abgesehen wird und daß der Kleinhandel an die einzelnen Käufer zunächst nur pfundweise abgibt. In vereinzelten Fällen ist die Beobachtung gemacht worden, daß in Ausübung der Inwertknappheit zu hohe Preise verlangt wurden. Es wird deshalb, um jeder ungesunden Preisbildung vorzubeugen, im Einvernehmen zwischen Groß- und Kleinhandel, unter Berücksichtigung mit den amtlichen Stellen, festgestellt, daß unter Berücksichtigung aller Verhältnisse für den Preis für ein Sackchen ein Kleinhandelspreis für gemahlene Inwert von 4,70 M. für 1 Pfd., für Wärfel und andere Sorten von 4,90 M. für 1 Pfd. als angemessen zu bezeichnen ist und zwar auf Basis des von der Deutschen Inwertwirtschaftsstelle, Berlin, 3. J. festgesetzten Kassierpreises, des jetzigen Umsatzerlöses und der jetzigen Verbrauchssteuer. Hierbei sei erwähnt, daß sich der Inwertwirtschaftsstand etwa 97 Proz. der gesamten Inwertindustrie angehörend haben. Die wenigen nicht angehörenden Inwerthersteller verlangen zwar höhere Preise, der von diesen erzeugte Inwert wandert aber zumeist in die zuckerverarbeitende Industrie, kommt somit für die Inwertwirtschaft kaum in Frage.

London, 3. November. Die Bank von England hat den Diskont von 3 1/2 auf 5 % herabgesetzt.

Stockholm, 3. November. Laut Großhandelspreisindex des „Svenska Handelsbladet“ ist das schwedische Preisniveau von 182 im September auf 175 im Oktober gesunken. Das Preisniveau des letzten Kriegsjahres war 100.

Wetterbericht der Landeswetterwart zu Dresden.

Wettertelegramme vom 4. November 7 Uhr früh.

Table with 7 columns: Station, Temp. gestern, Wind, Regen, Beobachtungen heute (ab 7 Uhr), Wetter. Rows include Dresden, Leipzig, Chemnitz, etc.

Wasserkünder der Elbe und Moldau.

Table with 2 columns: Station, Wasserstand. Rows include Dresden, Chemnitz, etc.







**Kannberg.**  
Bretschneider, Armin, Kaufmann, Fleischerei 4. Presse.  
Dr. Bösch, Rechtsanwält, Markt. Tel.: 56. Chef.  
**Kuerbach i. S.**  
Weißbach, Chef.  
**Bamberg.**  
Streit, Major, Hausstraße 27.  
**Baugen.**  
Borberg, Rittergutsbesitzer, Großweilsa b. Baugen.  
Thuran, Orgelbaumeister, Wittener Str. 6. Leiter.  
**Berlin.**  
v. Fort, Berlin W. 39, Am Karlsbad 10. Tel.: Lützen 8106 und 3629.  
Schmidt, Berlin W., Ansbacher Str. 9, II.  
v. Stegmann und Stein, Berlin W. 35, Am Karlsbad 10. Tel.: Lützen 8106 und 3629.  
v. Hof, Berlin-Halensee, Karlshagen Str. 29. Tel.: Hahland 6675.  
**Borna.**  
Lippe, Bergdirektor, Stefanstr. 26. Tel.: 79. Finanzamt.  
Reiche, Buchdruckereibesitzer, Brühl 9. Tel.: 18.  
Schneider, Kurt, Regierungsbaumeister a. D., Markt 13. Tel.: 6.  
Wächter, Karl, Rechtsanwält, Wettinstr. 18. Tel.: 188.  
v. Woydt, Georg, Altenburger Str. 13 (bei Baumeister Töhlert).  
**Burgstädt.**  
Kürsch, Fabrikbesitzer, Hartmannsdorf b. Limbach. Unterbezirks-Leiter Burgstädt.  
Genter, Oberleutnant a. D., Braugut Hartmannsdorf b. Limbach. Unterbezirks-Leiter Burgstädt.  
**Charlottenburg.**  
Schneider, Hans, Kaiserdamm 103, II. (Reichshauptamt).  
**Chemnitz.**  
Rach, Baurat.  
Ebersbach, Oberlehrer, Gutenbergstr. 30. Tel.: Chemnitz 2035.  
Gulden, Hans, Stollberger Str. 30.  
Certeil, Oberpostsekretär, Rajenstr. 2, II.  
Schürich, Baumeister, Fischpauer Str. 109. Tel.: 1460.  
Spangenberg, Hauptmann a. D.  
Dr. Unger, Hofenzollnerstr. 23. Tel.: 5265.  
**Döbeln.**  
v. Carlomw, Oberst bei Hofweim. Tel.: Hofweim 207.  
Boettcher, Schillerstr. 3. Tel.: Döbeln 39. Leiter.  
Kobers, Treibhaus bei Jschau.  
**Zippoldiswalde.**  
Krause, Obercarabinieri, Zippoldiswalde. Chef.  
**Dr. Fiedler, Stadtkant.**  
**Treuen.**  
Erdam, W., Bergstr. Dresden-N., Joh.-Georgen-Allee 25.  
Frenzel, Lehrer, Dresden-N., Chef.  
Führ. v. Reichen, Kurt, Dresden-N., Fiedlerstr. 23. Tel.: 17553 (Korrespondenzbureau Foto).  
Dr. Gromau, Dresden-N., Reichstr. 24 (Reichsbürgeramt) und Niederlößnitz, Blumenstr. 12.  
Fager, Oberleutnant, Dresden-N., Amtsstr. 15. Leiter.  
Hammer, Dresden-N. 8, Wilhelmstr. 14, II.  
Darlau, Ulrich, Komrat, Dresden-N., Leubnitzer Str. 17.  
Feller, Meisen, Klauenweg 10. Tel.: 210 Meisen und Dresden-N., Sedanplatz 4, Verlag R. & Müller. Tel.: 21174.  
Friml, Dresden-N., Residenzstr. 8. Tel.: 13338.  
Fritz, Major a. D., Dresden-N., Rürnberger Str. 9, I. Tel.: 28562 und Dresden-N., Ferdinandstr. 5, I. Tel.: 21671 (Nationaler Feimatbund).  
Kirschner, Emil, Haus Herrenmühle bei Oberlößnitz, Regier. Dresden. Leiter J. d. E.  
Dr. Landwehr, Dresden-N., Waisenhausstr. 29. Tel.: 14682.  
Fengelott, R., Dresden-Stadt. Chef.  
Krauder, General a. D., Dresden-N., Jägerstr. 14.  
Küller, A. W., Verlag, Dresden-N., Sedanplatz 4. Tel.: 16020. (Feller-Meisen), Gehmann: 14866 Rebt.).  
v. d. Fort, Oberleutnant a. D., Dresden-N. und Friedewald-Busch, Wolfstr., Villa Märchenhof. Leiter.  
Reich, Major, Biesha b. Kamenz. Leiter v. d. E.  
Reinhold, Dresden-N., Rürnberger Platz 3.  
Tschammer, Wolf, v. d. Chen, Dresden-N., Kadettenkorps. Leiter.  
Bollert, Dresden-N., Holbeinstr. 24.  
**Frida.**  
Hauptmann, Hauptmann a. D., Pläne b. Frida (i. Fa. Wielich).  
**Frankenberg.**  
Eggle, Freiberger Str. 15. Chef.  
Ludwig, Guido, Rühlengr. 4. Leiter.  
**Freiberg.**  
Dr. Schüg, Chef.  
Fändler, Kandidat, Bund der Landwirte, Reibahngasse 1. Leiter.  
**Gera.**  
Goldberg, Major a. D., Nordhausen, Geiersberg 10.  
Koppel, Oberst a. D., Wörth-Semmelstr. 20. Tel.: Gera 618.  
Mamminger, W. G., Bernauer Str. 5. Tel.: 3474.  
**Glauchau.**  
Knoke, Turnerstr. 20, III. (Schankhaus Bauhütte).  
**Großbothen.**  
v. Abendroth, Rittergut Kößern. Tel.: Großbothen 5.  
**Grimma.**  
Weisberg jun., Mühlensbesitzer, Großmühle 3. Tel.: Grimma 7.  
Zilling, Rektor, Fürstenschule. Tel.: 37.  
Blaschmann, Dolmetscher (Rittergut) b. Grimma. Tel.: Grimma 344.  
Dr. Schrotz, Rechtsanwält, Hennigstr. 12. Tel.: Grimma 311.  
Wid, Martin, Paul-Gerhards-Str. 21.  
**Großschönau.**  
Ebert, Leutnant a. D., Albertstr. 26, vt. Leiter.  
Kochow, Franz, Rittergut Strauch. Chef.  
**Halle a. S.**  
Kulturliga, Magdeburger Str. 11, I. Tel.: 6693 (Kurt Bebel).  
Kunze, Zintsgartenstr. 6. Tel.: 4647.  
Stadt und Land (Mitteldeutscher Volksbund e. V.).  
Bresse-Wil., Alte Promenade 5, II. Tel.: 5012.  
Wollenhauer (Adresse: Frau Käthe Wollenhauer, Antikleriker. S. b. Tel.: 4407. Geschäftshaus Halle, Oberbergamt, Zimmer 2, Friedrichstr. 13. Tel.: 5834. 4647).  
**Kamenz.**  
Hantsche, Priester. Chef. R.  
Kloß, Walter, Kamenz-Stadt. Chef. Ed.  
Reich, Major, Biesha bei Kamenz. Leiter. (Siehe auch unter Dresden.)

**Leipzig.**  
Berg, Geschäftsführer Zentralausschuss Arbeitgeberverbände, L. Connewitz, Scheffelstr. 27. Tel.: 8627. 18064. 14064.  
Dr. Dalib, Robert-Schumann-Str. 2. Tel.: 6129. Gottschestr. 27. Tel.: 799.  
Dr. Dippe, Geheimrat, Ferdinand-Rhode-Str. 18, II. Tel.: 2924.  
Engler, Architekt, L. Gutrich, Rothringstr. 4a. Tel.: 11076. Kupferingstr. 3, I. Tel.: 6429.  
v. Hind, Amtshauptmann, Jöllnerstr. 1. Tel.: 1135.  
Frenzel, Theodor, Rabenringplatz 2, II. Tel.: 9379 und Goldmar 13839.  
Friede (Bund deutscher Pfadfinder), Sedanstr. 18. Tel.: 1472. Zoologisches Institut 4634.  
Frische, Liebertsweg, Bahnhofstr. 7. Tel.: 1.  
Jacaber, Eich, Altesstr. 2. Gohlis, Poststr. 12. Tel.: 50280. Bürgerausschuss Tel.: 17424.  
Pfeiffinger, 14. Tel.: 12145.  
Haffmann, Tel.: 14064 (Berg). 18064.  
Koll. Hofrat, L. Gohlis, Stallbaumstr. 9-10. Tel.: 50789. 14064. 18064 (Zentralausschuss Arbeitgeberverbände). Finanzamt Pflanzstr. 14.  
Klemm, Christian u. Joseph, Beethovenstr. 14. Tel.: 3738. II.  
Lieberoth-Leden, Hans, Karl-Tauchnitz-Str. 25. Tel.: 15993. Geschäft: 14066. Landeschauspieler.  
Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Landesgruppe Leipzig, Hainstr. 20/24. Tel.: 15677.  
Reiners, Karl, Bantdirektor, Gohlisstr. 26. Tel.: 3248. Dresdner Bank.  
Reiner II, Fritz, Rechtsanwält, Kronprinzstr. 47. Tel.: 31862. Gottschestr. 27. Tel.: 799.  
Reyer u. Co., Bankhaus, Thomastischhof 20. Tel.: 2195. 659. 18563.  
Dr. Reyer, Max (Reyer u. Co.), Robert-Schumann-Str. 9. Tel.: 6933.  
Röhler, Poststr. 2. Gohlis, Artilleriestr. 6. Tel.: 4746. (Oberpostdirektion Tel.: 6505)  
Pommmer, Braumontstr. 7, II. Tel.: Reichsversorgungsamt 1860.  
Pruschinski, L. Gohlis, Kirchplatz 8. Tel.: Landesfinanzamt 1860.  
Rachner, D., Karlsruherstr. 3. Tel.: 9-4: 43779. Tel.: 41156.  
Roch, Kriminaloberwachmeister, L. Connewitz, Stadtr. 30. Zimmer 122. Polizeiamt Leipzig.  
Schickel, Kurt, L. Gohlis, Weichstr. 3.  
Schmidt, Bernh., Bantdirektor, Sächs. 69. Tel.: 31670.  
Selter, L. Mödern, Kirchbergstr. 23. Tel.: Landesfinanzamt 1860.  
Wagner, Hans, Ferdinand-Rhode-Str. 14. Tel.: 11230. II.  
Wedel, L. Lindenau, Fummeringstr. 25. Tel.: Liga 15677.  
Widdhagen, Geh. Justizrat, Ferdinand-Rhode-Str. 34. Tel.: 4890.  
Dr. Wunderlich, Johannes, Landgerichtsdirektor, Wettiner Str. 7. Landgericht Hartstr. 11. Tel.: 11734.  
Fachsenberger, Kurt, Gohlis b. Leipzig, Städtelner Str. 10. Gottschestr. 11. Tel.: 2804.  
Dr. Peters, Kurt, Gohlis, Dorstr. 10. Tel.: 35573. Bezirks-Bürgeramt Leipzig-Land.  
**Limbach.**  
Foyer, Schützenstr. 8. Chef.  
Kammer, Oberleutnant, Hofenheimer Str. 68.  
Schaarschmidt, Herbert, Bahnhofstr. 8. Leiter.  
**Löbau.**  
v. Bose, Major, Oberpappendorf b. Löbau. Anschrift: Geschäftsstelle b. Landw. Bez. Verbands Löbau, Bahnhofstr. Leiter.  
Dr. Geisler, Rittergut Linowirde b. Löbau. Chef.  
**Marxenberg.**  
Balhaus, Chef.  
Schönherr, Ernst, Postfach 24. Leiter.  
**Meißen.**  
Schreiber, Gutsbesitzer, Wilschowitz b. Meißen. Chef.  
Werner, Hauptmann a. D., Löwengasse (Landw. Bezirksverband). Leiter.  
**Rittweide.**  
Dr. Hartel, Ökonometrist, Neudorf. Chef.  
Michael, Scheibenstr. 75. (Leipzig 18, Rottweidstr. 8) Leiter.  
Lange, Oberpostsekretär, P.  
Kocher, A., Fabrikbesitzer, Schützenstr. 15. Tel.: 33. Unterbezirksleiter Rittweide.  
**Raumburg.**  
Fa. J. Henjel, Markt 16. Tel.-Abt.: Becher, Raumburg, Körnerstr. 2a, I. P. L. S. A. Th. Rojer, Hauptmann a. D., Poststr. 2, I. Anschrift: Major a. D. Rojer, Raumburg, Bürgergartenpromenade.  
**Oschau.**  
Fränkel (Birma Kopp u. Haberland). Leiter.  
Lohmann, Rud., Postgut. Tel.: 36. Chef.  
Certeil, Oberpostsekretär, P.  
**Penig.**  
Kobbe, Apotheker, Markt, Unterbezirksleiter Penig.  
**Pirna.**  
Kreuter, Hotel Schwarzer Adler. Leiter.  
Schubert, Wohnung Friedrichswalde. Chef.  
**Plauen.**  
Lefter, Fabrikbesitzer, Lindenstr. 2. Chef.  
Riesold, Albertplatz.  
Foeschmann, Franz, Pechalowitz. 62.  
**Rothitz.**  
Dr. v. Schröter, Hohe Gasse 193.  
Hartmann, Lothar, Fabrikbesitzer, Bahnhofstr. 566. Unterbezirksleiter Rothitz.  
**Schwarzenberg.**  
Garniken, Regierungsrat Schwarzenberg, Amtshauptmannschaft. Chef.  
**Stahrburg.**  
Krecher, Justizrat, Bahnhofstr. Chef.  
**Torgau.**  
Zander, Anschrift Frau Zander, Torgau, Domnischstr. 13. Tel.: 344.  
**Treuen.**  
Wieler, Paul, Zepplinstr. 2.  
Nichter, W., Katharinenstr. 6. Chef.  
**Witzsburg.**  
Bastian, Franz-Ludwig-Str. 9, III.  
Sittau.  
Kraus, Hauptmann a. D., Am Park 8. Leiter.  
v. Sandertleben, Rittergut Buttersdorf b. Sittau. Chef.  
**Zwickau.**  
Brix, Major a. D., Lutherstr. 3, II. Tel.: 2329.  
Fiebigl, b. Delsau, Am Georgengarten 18. Leiter.  
Dr. Heinrich, Rittmeister a. D., Schulgassenweg 7.  
Leonhardt, Professor i. Fa. Rud. Heinrich, Schulgassenweg 7. Vertretung.  
Krothardt, Schumannstr. 1.

Teifler, Friedrichstr. 3. Tel.: 509.  
Weiß, Paul, Jahnstr. Schumannstr. 7. Tel.: 1046.  
**„Sport- und Wanderverein Silberner Schild.“**  
Eine Fortsetzung der Zeitfreiwilligen-Organisation.  
Der Verein „Silberner Schild“ ist aus dem Bataillon C des Zeitfreiwilligen-Regiments Leipzig hervorgegangen; er beschäftigt sich mit Turnen und Wandern. Allerdings geschieht dies in ganz zwangloser Weise, und nur die wenigsten von den 900 Mitgliedern nehmen daran teil. Den meisten ist an den zahlreichen Vergnügungen, die der Verein veranstaltet, gelegen. Parteipolitik wird nicht getrieben. Der Verein gehörte korporativ der Erghes an und ist durch Beschluss der Vorstandssitzung vom 21. 9. 21 korporativ den „Brüdern vom Stein“ beigetreten, wovon die meisten Mitglieder aber nichts wissen.  
**Gründung, Satzungen, sportliche Betätigung des Vereins.**  
Der Verein ist Mitte des Jahres 1920 in Leipzig als „Sport- und Wanderverein Silberner Schild, S. S.“ gegründet und auf seinen Antrag beim Amtsgericht Leipzig, Abt. II, in das Vereinsregister eingetragen worden. Die Satzungen des Vereins sind vom Amtsgericht dem Polizeiamt unter dem 20. 22. 9. 20 zur Entschliebung überandt worden; das Polizeiamt hat nach einer Befragung des Vereinsvorsitzenden W. v. Kochow mit Beschluss vom 13. Oktober 1920 die Satzungen ohne Einspruch an das Amtsgericht zurückgegeben.  
In § 2 der Satzungen des Vereins Silberner Schild ist festgelegt, „durch Abhaltung sportlicher Veranstaltungen, gemeinsame Wanderungen und Zusammenkünfte ein festes Band der Zusammengehörigkeit um seine Mitglieder zu schließen und bei seinen Angehörigen die Liebe zur Heimat zu vertiefen.“ (Dieser Passus ist im Wortlaut auch in die Satzungen der Wanderabteilung I übergegangen.)  
Im Gegensatz zu diesen Statuten hat sich ergeben, daß die Vereinsleitung auf die sportliche Betätigung der Mitglieder innerhalb des Vereins keinen entscheidenden oder doch wenigstens richtunggebenden Einfluß ausübt, daß sie vielmehr die Art und den Grad derselben den einzelnen Mitgliedern oder sich zwanglos bildenden kleinen Kreisen derselben überläßt und gegen völlige sportliche Passivität großer Mitgliederkreise nichts unternimmt. Das erscheint um so merkwürdiger, als die Vereinsleitung in anderen Dingen auf die kräftige Handhabung einer zentralisierten Befehlshaltung besonderen Wert legt.  
**Organisatorische Gliederung und Führer.**  
Über die Gliederung des Vereins besagen die Satzungen in § 3 nur, daß die Organe des Vereins der Vorstand und die Mitgliederversammlung sind. Der Vorstand besteht (nach § 4) aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassierer und vier Beisitzern. Von einer Gliederung des Vereins nach Abteilungen ist in den Satzungen des Vereins nichts zu ersehen. Erst in denen der Wanderabteilung I heißt es unter B) Organisation:  
„Der Wanderverein Silberner Schild gliedert sich in vier Wanderabteilungen (I-IV), an deren Spitze ein selbständiger Leiter steht. Diese Abteilungen sind in je drei Wanderbezirke (A-C mit Jirkelleitern an der Spitze) eingeteilt, die sich wiederum aus mehreren Wandergruppen unter Obmannern zusammensetzen. Der Gesamtverband des Wandervereins S. S. Wanderabteilung I setzt sich zusammen aus:  
dem Abteilungsleiter,  
dem stellv. Abteilungsleiter,  
den drei Leitern der Wanderbezirke A-C und deren Stellvertretern,  
dem Kassierer und  
dem 1. und 2. Schriftführer.“  
Die Befugung der Vorstandsstellen der Wanderabteilung I erfolgt durch Bestimmung seitens des von der Leitung des Wandervereins eingesetzten Abteilungsleiters.“  
Zu den hier genannten Abteilungen I-IV ist später durch Übertritt eines Herrn A. und Th. v. H. mit einer größeren Zahl von Anhängern (das sind die früheren Angehörigen der G. Komp., Zug 1 des Zeitfreiwilligen-Regiments) aus dem Westvorkadetten-Sportverein) chem. Bati. B. Jiffu-Regt.) noch die Abteilung V hinzugekommen. Aus der Mitgliederliste des Vereins ist ersichtlich, daß der Sitzungsbericht der Abteilung V tatsächlich erst nach der Gründung des Vereins S. S. erfolgt ist. Diese Feststellung ist darum von gewisser Wichtigkeit, weil die späteren Darlegungen ergeben, daß die einzelnen Abteilungen des Vereins gebildet worden sind aus den entsprechenden Kompanien des Zeitfreiwilligen-Bataillons C.  
Nach § 7 der Vereinsatzungen ist jedes Mitglied verpflichtet, den von dem Vorsitzenden und den Leitern der einzelnen Wanderabteilungen gegebenen Weisungen Folge zu leisten und sich den vom Vorsitzenden oder Leiter einer Wanderabteilung zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Vereinsdisziplin erlassenen Anordnungen zu unterwerfen. Zu der Ausarbeitung solcher, jedem Mitgliede bekanntzugebenden Richtlinien für Aufrechterhaltung der Vereinsdisziplin wird der Vorstand ermächtigt und beauftragt.  
Der § 9 der Satzungen sieht unter a und b den Ausschluß von Mitgliedern vor, die gegen Vereinsatzungen oder Anordnungen des Vorstandes oder ihrer Abteilungsleiter, sowie gegen den vorgenannten § 7 verstoßen. Außerdem heißt es dort:  
Die vom Vorstande in dieser Beziehung getroffenen Maßnahmen bzw. Entscheidungen sind unanfechtbar und insbesondere der Nachprüfung im Rechtsweg entzogen.“  
In einem Nachsatz zu den Vereinsstatuten heißt es weiter unter 2:  
„Wird die Wahl eines neuen Abteilungsleiters notwendig, so ist der Gesamtverband zu benachrichtigen, der ein Mitglied zu dieser Wahl bezieht.“  
Die Wahl des betr. Abteilungsleiters unterliegt der Zustimmung des Gesamtverbandes.“  
Diese Bestimmungen zeigen einen vollkommen zentralisierten Aufbau der Führung des Vereins, die erfüllt in

Vorstand (Bataillonführer) mit 4 (5) Abteilungsleitern (Kompanieführer) mit wieder je 3 Jirkelleitern (Zugführer). Durch ergänzende Bestimmungen der einzelnen Abteilungen ist diese Zentralisation noch unterstrichen worden. So ist nach den Satzungen der Wanderabteilung I unter C) die Mitgliedschaft von der Genehmigung des Abteilungsleiters sowie des Leiters des zuständigen Jirkels abhängig. Die weiteren Bestimmungen über Mitgliedschaft legen die Vereinsangehörigen in durchaus bindendem Sinne auf die Anerkennung einer Kraft und einheitlichen Befehlshaltung innerhalb des Vereins fest. Auch die Geschäftsordnung der Abteilung III hat unter „Aufnahme“ (§ 22) derauf scharfe Bestimmungen, wie sie in einem gewöhnlichen Sportverein nicht üblich sind und die darauf hinweisen, daß sie sich auf die Sicherstellung der Befehlshaltung durch Auswahl der Mitglieder nach bestimmten Gesichtspunkten von vornherein beziehen, mithin der Verein durch sie die Voraussetzungen des unbedingten Gehorhams seiner Mitglieder zum Zwecke der Erhaltung seiner Existenz ausdrückt. („Die Aufnahme in den Verein kann nur erfolgen, wenn keine Stimme dagegen ist.“)  
**Finanzierung des Vereins.**  
Darauf bezieht § 8 der Satzungen:  
„Da die zur Bestreitung der Vereinsausgaben nötigen Mittel von Sportfreunden bindend in Aussicht gestellt worden sind, wird bis auf weiteres ein Mitgliedsbeitrag nicht erhoben. Jedes Mitglied ist jedoch verpflichtet, falls der Verein dieses beschließen sollte, zur Deckung der laufenden Ausgaben bis 10 Mark pro Jahr beizutragen.“  
Auch die Satzungen der Abteilung I vom Juni 1920 besagen, daß Mitgliedsbeiträge bis auf weiteres nicht erhoben werden.  
Leutnant Bundram, früherer Geschäftsführer des S. S. und zugleich Abteilungsleiter des Bataillons C des Zeitfreiwilligen-Regiments, sagte über die finanzielle Lage des Vereins aus, daß er sein Gehalt sowie die zur Geschäftsführung nötigen Mittel aus den Gehältern des S. S. entnahm. Demnach verfügte der Verein über Vermögen, lange bevor die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen eingeführt wurde.  
Es konnte bisher nicht festgestellt werden, wer eigentlich die getragenen „Sportfreunde“ sind, die in den Satzungen genannt werden. Von ihnen ist innerhalb des Vereins, wie es sonst mit Erhalten und Gönnern getan zu werden pflegt, nicht gesprochen worden. Bestimmtere Hinweise, wie der Verein sich wirtschaftlich erhielt, brachten die Aussagen zweier Personen, wonach dem S. S. bei seiner Gründung Restbestände von Eitzungen, die dem früheren Zeitfreiwilligen-Regiment gemacht worden waren — erstlich vom Leipziger Bürgerausschuss — bei Auflösung des Regiments überwiesen wurden.  
Erst im Sommer 1921 ist die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen beschlossen worden — nach einem Vorstandsbeschluß vom 21. 9. 21 neuerdings ab 1. 10. 21 — und zwar in einer Höhe von 1 Mark pro Monat und Mitglied. Weitere Beiträge für die Geschäftsführung des Vereins sollen aus Veranlassung von Vergnügungen gewonnen werden; doch sind diese, soweit sich das übersehen läßt, durchaus nicht so bedeutend, um die laufende Führung des Geschäftsbetriebes mit zu garantieren.  
**Politische Einstellung des Vereins.**  
In den Satzungen des Vereins wird über politische Betätigung gesagt, daß jedes Mitglied bereit sein muß, für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im deutschen Vaterlande unter Anerkennung der Reichsverfassung einzutreten.  
Wander-Abteilung I, ergänzt dies durch folgende Sätze:  
„Ferner betrachtet er es als seine Aufgabe, vorbereitend zu wirken für den zu bildenden Ortschutz im Rahmen der von der sächsischen Landesregierung gegebenen Richtlinien.“ —  
**Verhältnis des Vereins zur Organisation „Brüder vom Stein“.**  
Die vorerwähnte politische Einheit stellt den Verein S. S. unverkennbar auf den Boden der Organisation „Brüder vom Stein“. Es ist erwiesen, daß der Verein an die Erghes angegeschlossen war und daß er nach dessen Auflösung mit den „Brüdern vom Stein“ in gleichartige Beziehungen getreten ist. Nach den vorgefundenen Papieren steht fest, daß der Geschäftsführer von Carlomwitz informierende Vorträge über die „Brüder vom Stein“ in einzelnen Abteilungen des S. S. gehalten hat und daß auch Besprechungen leitender Personen vom S. S. mit solchen der „Brüder vom Stein“ stattgefunden haben, die schließlich ihr Ergebnis fanden in der Vorstandssitzung des S. S. vom 21. September 1921, in der nach vorausgegangenen gleichlautenden Beschlüssen der einzelnen Abteilungen der korporative Anschluß an die „Brüder vom Stein“ unter Entbindung von allen finanziellen Leistungen vollzogen wurde. Die Abfindung des Geschäftes wurde allerdings durch das Eingreifen der Behörden verhindert.  
Die „Brüder vom Stein“ haben durch Überwindung einer der Mitgliederstärke entsprechenden Anzahl von Beitrittsformularen für Einzelmitglieder den Willen bekundet, daß Mitglieder des S. S. zwar geschlossen, aber doch als Einzelmitglieder in ihrer Organisation zu führen, genau so, wie es vordem schon bei der Erghes der Fall gewesen ist.  
Die Erörterungen über die Finanzierung und das Verhältnis zum Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig weisen folgende Linie nach:  
**Leipziger Bürgerausschuss (Zeitfreiwilligen-Regiment)**  
ist gleich Erghes bzw. Brüder vom Stein (Sportvereine: Silberner Schild, Hornblume, Westvorkadetten-Sportverein, Verein Wanderverschlag 1920 usw.)  
Die Finanzierung als die wirtschaftliche Grundlage und Ermöglichung der Existenz der Organ-



lation (hier Silberner Schild) gibt auch zugleich den Schlüssel für deren Zweck und Ziele, die hier übereinstimmen mit denen der Orgesch bzw. Brüder vom Eisen, deren Identität im Punkte ihrer Färbung und Goldschmelze mit den Wärgerratsbesprechungen im allgemeinen (hier Leipziger Bürgerauschuss) feststeht.

So betrachtet, sind der Silberne Schild und die anderen aus dem ehemaligen Zeitfreiwilligen-Regiment hervorgegangenen Sportvereine niemals eine selbständige Organisation gewesen, sondern immer nur ein Instrument des Leipziger Bürgerauschusses (d. i. Orgesch/Brüder vom Eisen).

**Verhältnis des Vereins zum ehemaligen Zeitfreiwilligen-Regiment Leipzig.**

Die persönlichen und finanziellen Zusammenhänge des V. S. E. sind teilweise schon in den vorhergehenden Abschnitten nachgewiesen.

Nach Aussage des Leutnants Wandram ist der Verein S. E. im Schoße des Zeitfreiwilligen-Regiments entstanden, noch ehe an eine Auflösung des Zeitfreiwilligen-Regiments gedacht werden konnte. Er bestand im Regiment seit etwa November 1919 als ein loser Zirkel gleichgesinnter Angehöriger der Formation. Erst nach Auflösung des Zeitfreiwilligen-Regiments fand die Gründung als mit Statuten versehenen und behördlich eingetragene Organisation statt. Anfänglich bestand der Verein entweder nur aus Zeitfreiwilligen, oder solchen Personen, die zwar zu alt zum aktiven Dienst im Zeitfreiwilligen-Regiment, doch mit dessen Kreisen in enger Fühlung standen.

Tobt der Verein S. E. nur die direkte Fortsetzung des Zeitfreiwilligen-Regiments ist, wird auch durch die Angabe des oben schon genannten Hrn. Thorer bewiesen, daß die Abteilung V des S. E. (früher im Westvorständischen Sportverein) zunächst lediglich „aus seinen Leuten des 1. Juges der 6. Komp. des Zeitfreiwilligen-Regiments“ bestand. Aus einem Briefe des genannten Herrn vom 18. Juli 1921 an den V. S. E. weisen noch nachstehende Absätze die Identität des Zeitfreiwilligen-Bataillons C mit dem S. E. und die anderer Zeitfreiwilligen-Bataillone mit gleichartigen Sportvereinen nach: „Bei dem Austritt der heutigen Abt. V des V. S. E. aus dem Westvorständischen Sportverein hatte ich, zugleich für meine Leute, die Verpflichtung übernommen, keine weiteren Mitglieder des V. S. E. zum Austritt aus demselben zu veranlassen. Diese Verpflichtung ist selbstverständlich auch eingehalten worden. Dagegen habe ich es durchaus für zulässig gehalten — und tue dies auch heute noch — Leute für den V. S. E. zu werben, die bisher noch keinem derartigen Vereine angehört, ohne Rücksicht auf die Lage ihrer Wohnung. Denn das Prinzip der regionalen Einteilung galt doch wohl nur zur Zeit des Zeitfreiwilligen-Regiments, wurde allerdings auch damals nicht streng eingehalten.“

3. dürfte das „Blagowierstraßenviertel“ infolge der Ereignisse wohl das Bezugsgebiet sein, das in erster Linie dem früheren 1. Juge der 6. Komp., der jetzigen 5. Abteilung des V. S. E., zusteht. Denn der 1. Juge der 6. Komp., dessen ihm zugewiesenes Gebiet das Blagowierstraßenviertel war, ist j. Zt. fast restlos dem V. S. E. beigetreten.

In einem Schreiben der Brüder vom Eisen vom 9. September 1921 wird von den Vorständen der in Leipzig bestehenden vier Turn- und Sportvereine gesprochen. Da es in Leipzig eine große Anzahl von Sport- und Turnvereinen gibt, hier aber nur ausdrücklich von denen vier die Rede ist, kann es sich nur um eine ganz bestimmte Kategorie handeln. Es besteht kein Zweifel, daß hier nur die Rede ist von jenen vier Vereinen, in die die vier Bataillone des Zeitfreiwilligen-Regiments nach dessen Auflösung übergegangen sind und von denen einer bestimmt der S. E. ist.

Der Verein S. E. ist die Fortsetzung des Bataillons C, und zwar ist durch Stichproben bei den Berechnungen festgestellt worden, daß die Mitglieder des V. S. E. — soweit sie überhaupt Zeitfreiwillige waren — der Abteilung I Angehörige der 9. Komp., der Abteilung II Angehörige der 10. Komp., der Abteilung III Angehörige der 11. Komp., der Abteilung IV Angehörige der 12. Komp. des aufgelösten Zeitfreiwilligen-Regiments Leipzig waren. Die Abt. B. S. E. gehörte — wie der angeführte Brief Thorer besagt — ursprünglich zum Bataillon B (6. Komp., 1. Juge) des Zeitfreiwilligen-Regiments und ist nur infolge persönlicher Differenzen Thores aus dem Westvorständischen Sportverein in den V. S. E. übergegangen. Diese Übereinstimmung in der Aufstellung der beiden Organisationen zeigt sich auch bei den Führerpersonalitäten, wenn auch hier nicht vollkommen lückenlos. Hier einige Beispiele:

Leutnant H. Diebe	Zeitfreiwill. Regiment V. S. S.
Leutnant Wille	Führer 9. Komp. I. Abt.
Leutnant Maupach	10. Komp. II. Abt.
Leutnant Vogel	10. Komp. II. Abt.
Leutnant Lange	Zugführer 10. Komp. II. Abt.
Leutnant Köster	Führer 11. Komp. III. Abt.
Leutnant Krebs	Führer 12. Komp. IV. Abt.
Leutnant Weigmer	12. Komp. IV. Abt.

Die Vereinsstatuten des S. E. ist zugleich Abwählungsliste des Vats. C. des Zeitfreiwilligen-Regiments. Ferner ist die Fernsprechnummer (35055) des Bataillons C. später vom S. E. übernommen worden.

Selbständigkeitsbestrebungen innerhalb des Vereins — Befassung mit militärischen Dingen — Alarmierungen.

Unter den Papieren des Vereins sind Nachweisungen gefunden worden, die unter Verwendung eines Buchstabenkürzels Meldungen über Mitgliederbestand, getrennt nach Waffengattungen, darstellten und die auf eine Anordnung „Bezirksleitung Nr. 24 vom 24. September 1920“ an eine bisher unbekannt gebliebene Stelle in bestimmten Zeitwöchensräumen erstattet wurden.

Nebenbei wurden zwei Listen vorgefunden, enthaltend Mitglieder von zwei dem S. E. angehörenden Kundentischen Verbindungen mit Angabe der militärischen Waffengattungen. Wiedereingabe des Vereins nach militärischer Art.

Der Verein ist in Wandaufstellungen identisch mit den Kompanien des Bataillons C. und Wandaufstellungen, identisch mit den Jügen dieser Kompanien eingeteilt.

Während des Bestehens des Zeitfreiwilligen-Regiments sind Alarmierungen ohne Anwendung eines Leitzwortes erfolgt. Aus Anlaß der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920 hat eine Alarmierung der Angehörigen des damals schon in der Auflösung befindlichen und als aktives Instrument nicht mehr in Frage kommenden Zeitfreiwilligen-Regiments stattgefunden bzw. war sie nach einem vorliegenden Befehlsentwurf beabsichtigt. Bei dieser Einberufung ist ein Stichwort „Generalversammlung“ zur Verwendung gekommen, das nach dem Wortlaut der Aufforderung nur „Alarm“ bedeuten kann. Dieser Begriff „Generalversammlung“ (also dieses Wort in einer bestimmten abertragenden Bedeutung) findet sich auch in Schriftstücken des Wandervereins S. E. vor. In den Satzungen der Wandaufstellung I heißt es unter 4.

„Für Teilnahme an den vom Verein gegebenen Veranstaltungen sind die Mitglieder verpflichtet, ganz besonders gilt dies für die von der Vereinsleitung einberufene „Generalversammlung“.

In der Abteilung IV des Vereins sind Formulare folgenden Wortlauts zur Verwendung gekommen:

„Sie werden hiermit gebeten, zu der am . . . . . stattfindenden Generalversammlung zu erscheinen.“

**Die Nationalarmee. C. Ehrhardt.**

Nach Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt (M. B. E.) blieben die Angehörigen dieser Formation in losem Zusammenhang, bis April 1921 die Organisation C entstand. C bedeutet Kapitän. Die Satzungen der Organisation sind dieselben wie die der badischen Geheimorganisation, also auch die Feme ist darin enthalten. Die O. C. (Organisation C) ist über ganz Deutschland verbreitet und zerfällt in Bezirke, die die Buchstaben A bis W tragen. Sachsen führt den Buchstaben M.

Abstricht.

**Die militärische Organisation.**

Zweck: 1. Erhaltung einer zuverlässigen Truppe in Brigadestärke, die eingesetzt werden kann bei roten Zuständen, bei ankerpolitischen Verwicklungen.

2. Traktationen, mit oder ohne Wissen der Regierung, wenn es die nationalen Interessen erfordert.

3. Lokale Stoßtrupp zur sofortigen Verstärkung der Polizei, Reichswehr oder sonstiger Ordnungstruppen.

4. Lokale Stoßtrupp zum Schutze nationaler, zur Sprengung antinationaler Veranstaltungen, Verunsicherungen einzelner Ideenstränge, Personen usw.

5. Erhaltung der Wehrfähigkeit und Erziehung der Jugend zum Waffengebrauch.

6. Allgemeine Stärkung der Widerstandskraft, des Bekanntheitsgrades in der Bevölkerung.

Siehe hierzu die Erläuterungen.

Ganz geheim. Darf nicht aus den Händen der Vertrauensleute kommen, keine Ganz- oder Teilschrift.

„O. C.“ Abstricht.

**Richtlinien.**

1. Schaffung einer Nationalarmee. Dazu Grundlage durch Zusammenschluß nationaler Männer jeder Volksschicht.

2. Ziele dieser Armee: Die Orgesch ist defensiv und hat positive Ziele. Wir wollen offen sein und haben aktive Ziele. Diese sind:

a) Kampf mit jedem Mittel gegen alle Elemente, die auf internationalem Boden stehen. Dazu gehören in erster Linie die Vorkadetten, vorläufig die überwiegende Zahl der Sozialdemokratie, fast alle Juden, Teile der Demokratie, soweit sie der Richtung Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung angehören, die Teile des Zentrums, denen päpstliche Interessen vor dem Vaterländischen stehen und Teile der Großindustrie, die nur an Gewinn denkt, gleich, ob dabei Volk und Vaterland Schaden nehmen.

b) Aufrütteln der nationalen Kreise des Volkes zur Aktivität, insbesondere auch der Arbeiter. Hierzu Fühlung mit ihnen suchen und sie von der jüdischen Führerschaft abziehen.

c) Schaffung einer Truppe, die bei unerwarteten außenpolitischen Ereignissen, falls Reichswehr verlagert oder nicht ausreicht, sich einer nationalen Regierung, selbst einer Regierung, die im gegebenen Augenblicke die Nationallehre wahrnehmen will, zur Verfügung stellt. Solche Fälle können sein: Widerrechtliche Besetzung Oberschlesens durch die Franzosen, Unterdrückung der Deutschen in Ägypten und Südchina und andere unvorhergesehene Fälle, bei denen Deutschlands Nationalstolz und Zukunft auf dem Spiele steht.

d) Arbeit durch Tat, Wort und Schrift an einem Zusammenschluß der durch die Entente unterdrückten Völker zwecks Zerstückung des Versaillescher Friedensvertrages. Hierzu rechnet sich zunächst Deutschland, Österreich, Ungarn, Bulgarien, Rußland. Österreich bedarf dazu einer innerpolitischen Erklarung und Vereinigung, ebenso Preußen. Rußland wird im Frühjahr eine andere Nachhaber haben. Diese müssen deutsch orientiert sein, sonst ist Deutschland rettungslos verloren und zerfällt. Zusammenschluß zunächst wirtschaftlich, das Weitere ergibt sich von selbst.

e) Kampf gegen die händische Unterwürfigkeit vor dem Auslande und der Entente. Wehre nationaler Stolz gegen die Länder, die uns auf dem Schlachtfelde nicht besiegen konnten. Wir werden bei der Schlachtbilanz des Weltkrieges, der noch lange nicht abgeschlossen ist, die Sieger sein, wenn wir wachsam sind und entschlossene nationale Arbeit leisten.

f) Anspannung von Kräften zur Erfindung ganz neuer Kampfmittel, da wir mit den bisherigen unterlegen sind und bleiben. Der deutsche Erfindergeist in der Jugend muß mobil gemacht werden für diese Sache. Es muß etwas Unwiderstehliches sein, z. B. elektrische Fernwirkung auf Explosionsstoffe. Die Gebiete dürften Chemie, Elektrotechnik, Naturwissenschaft und Medizin sein.

3. Ausführende Arbeit unter der Arbeiterschaft. Versprechungen der November-Revolutionäre: Friede, Arbeit, Brot, das Gegenteil erreicht. Preise 3—10 fach seit 1918, Schieber und Bucher äppig wie nie, Korruption täglich zunehmend. Macht des Kapitals nicht gebrochen, sondern gestärkt und aus nationalen Händen in internationale oder Judenthände gegangen. Fautenzer des Deamentums in riefiger Zahl. Zusammenbruch des sozialistischen Programms in Rußland, Österreich und Deutschland.

4. Wir stehen Arbeitern mit unserem Fühlen und Denken näher als diese wissen und glauben. Gleiche Ziele, was nichtstunenden, schmarozenden Kapitalismus betrifft, Kampf gegen Schieber, Bucher, Besetzung, Anteil des Arbeiters in geeigneter Form an den Riesengewinnen, Gleichberechtigung jedes Mannes in jedem Alter als deutscher Staatsbürger in jeder Beziehung, Sozialisierung dazu reifer Betriebe, jedoch nicht in dem Augenblicke, wo unsere Wirtschaft vor dem Zusammenbruch steht.

5. Soziale Fragen lassen sich nur im nationalen Rahmen lösen.

6. Propaganda für Anschluß aller deutschvölkischen Landesteile, besonders Österreich. Völkische Frage muß sehr betont werden.

7. Wir müssen uns den nationalen Teilen der Arbeiterschaft wertvoll und beachtenswert machen, so daß sie uns womöglich an Stelle ihrer bisherigen Führer nehmen. Der Arbeiter wird wissen, daß wir nicht betrügen oder uns Vorteile verschaffen, sondern nur nationale Ziele und damit Wiedergeburt unseres Volkes erstreben.

8. Engen Anschluß an Parteien vermeiden, ja kein Parteiprogramm.

9. Fühlung mit deutschvölkischer und ähnlich gerichteter Presse. Erziehung und Zentralisierung ähnlicher Bestrebungen wie die un. etc.

10. Werbetätigkeit. Nur entschlossene, opferbereite Männer, die, wenn es sein muß, handeln, keine Männer, denen der Patriotismus erst nach 11 Uhr abends, infolge Alkoholgenusses, zu Bewußtsein kommt.

11. Propaganda gegen Völkerverbund. Solange wir ganz ohnmächtig, wolle man uns nicht, wo ein langames Erwachen kommt, will man den guten Fühl wieder einbringen mit internationalem Völkerverbund pp. Keine Judenmache.

12. Arbeit darf nicht programmatisch erfolgen. Schlußfolgerungen müssen sich von selbst ergeben. Gebanke muß genügsam aus dem Volke heraus geboren werden.

13. Nachrichten, Erfahrungen, Tätigkeitsbericht, Mitgliederzahlen pp. laufend hergeben.

14. Der Gebanke hat bei anderen Stellen bereits Wurzel gefaßt und es wächst die Anhängerzahl stark.

**Erläuterungen.**

Zu 1. Die Führung und Stab der Truppe (Brigade) arbeitet in Verborgenen. Sammelpunkt bleibt, falls kein anderer Befehl erfolgt, der mündlich bekannt gegebene. Aufruf zum Sammeln erfolgt nur bei großen roten Zuständen, wenn Reichswehr und Sipo allein nicht fertig zu werden scheinen, im Einverständnis mit der betreffenden Landesregierung. Den Zeitpunkt nicht zu verpassen, ist Sache der Führung. Aufruf erfolgt ferner bei außenpolitischen Verwicklungen, wenn Reichs- oder Landesregierung Aufstellung legaler oder illegaler freiwilliger Verbände anordnet oder gestattet. — Brigade unterstellt sich als eigener Verband der Reichswehr. Es dürfen nur Männer in die Brigade, die entschlossen sind, die kleinste Hemmung irgendwelcher Art in sich tragen, die bedingungslos dem Führer gehorchen, die brutal genug sind, rücksichtslos durchzugreifen, wo sie eingesetzt werden. Als Unterführer kommen nur Offiziere in Betracht, die Kriegserfahrung und Erfahrung im Straßenkampf mit außerordentlichen Kräfte haben, vor allem, die eine Haupterfahrung aus der Praxis besitzen: „Nicht verhandeln, sondern schießen und rücksichtslos beschützen.“ Innerhalb der Brigade eine Stoßtruppe aus fähigen, sportfreudigen Elementen, die erforderlichenfalls gewagteste Unternehmungen ausführen, unbefürchtet aus Folgen und eigene Verluste. Deshalb möglichst junge Männer, die keinen Anhang haben und denen niemand weiter nachtrauert.

Die Waffen sind in genügender Zahl bereitgestellt, ebenso Munition. Reisefloßen werden erstellt, vom Tage des Eintreffens freie Verpflegung und Wohnung.

Zu 2. Diejenigen, denen ihre Tätigkeit jederzeit ein Abkommen gestattet, sind listenmäßig besonders zu führen. Es können Fälle eintreten, wo einige hundert oder weniger entschlossene Männer vorübergehend gebraucht werden. Die Fälle können sehr vielfältig sein, sei es, um eine Sache in Gang, ins Rollen zu bringen, sei es, um eine Sache in Ruhe zu vollbringen. Solche Fälle können z. B. sein: Die Freibeuten der Franzosen gehen ins Grenzgebiet, alles nachgeben hat keinen Sinn, man ermordet, organisiert diese Leute durch Schuß oder Gift, jedes Mittel ist recht. — Deutsche werden bedrängt, umgebracht, z. B. Oberlehrer, Regierung kann sich zum Schutze nicht entschließen. Reimliche Stoßtruppen gehen hin, greifen bei Eisanfällen blitzig ein, schaffen Abwehrkräfte und heuer beiseite. Note Zeitanstände sehen mit Sicherheit vor der Tür. Stoßgruppen sammeln sich unter irgendeiner Maske an bedrohlichem Ort, greifen führend ein, sobald die Noter zur Gewalt übergehen, reißt dadurch Ordnungselemente mit sich, fassen Widerstandswillen, Sache dieser Gruppen ist es, den Führern und Gehörn ihr Handwerk für alle Zukunft unaussäglich zu legen. Leitung hierbei besonders veranlagte Offiziere, die der Führung jederzeit zur Verfügung stehen. — Eine Reihe weiterer Fälle sind denkbar.

Diese Gruppen müssen privat mit Pistolen und verheißt zu tragenden Waffen ausgerüstet

sein, wo Mangel, wird die Organisation Abhilfe versuchen.

Reisefloßen, Verpflegung pp. wie zu 1. Zu 3. Bei lokalen Anrufen in der Stadt oder im Bezirk kann der Fall eintreten, daß die Polizei zu schwach ist, Reichswehr nicht zur Verfügung steht. In einem solchen Falle muß von der Organisation Verstärkung angeboten, ja sogar aufgebracht werden. Es ist dies wichtig, weniger der lokalen Ordnung wegen, sondern hauptsächlich um die Gruppe in Erscheinung treten zu lassen, Fühlung mit Dienststellen zu haben, den Ordnungselementen Rückhalt zu bieten, kurz gesagt, diejenigen zu sein, mit denen die andern rechnen müssen. Auf diese Weise wird für unsere Sache Propaganda gemacht. Es erfordert naturgemäß vom Führer hohes Maß an Tatkraft, Selbstbewußtsein, politische Klugheit, und wenn es Ernst wird, Entschlossenheit, Mut und Verantwortungsbewußtsein.

Zu 4. In den Stadt mit instabilen Elementen durchsetzten Städten sind Vorträge nationaler Männer infolge Störung häufig unmöglich. Wo unsere Organisation vertreten ist, muß sie bei solchen Gelegenheiten geschloßen auftreten, sich mit dem Redner vorher in Verbindung setzen und rücksichtslos jeden Schreier und Lärerstreich zur Ruhe bringen und aus dem Saale werfen. Ist das einige Male gemacht, so rückt es die Gegenpartei nicht mehr. Umgekehrt müssen Versammlungen antinationaler Redner, Friedensapostel usw. derart geführt werden, daß ihnen die Luft zu weiterem Reden vergeht. Auf eine gesunde Kritik muß man es dabei natürlich antun lassen. Niemand dürfen jedoch dabei Schußwaffen oder blanko Waffen gebraucht werden. Zur Deutung der Volksmoral — das Gefühl der Schweigerei ist dem größten Teil des Volkes schon abhanden gekommen — Sprengung von widerlichen Theaterdramen, Auspfeifen unmoralischer Vorträge usw. Zu all solchen Behauptungen gehört jedoch eine außerordentliche Disziplin innerhalb der Gruppe, vorherige genaue Besprechung. Während z. B. bei öffentlichen Versammlungen ziemlich gewalttätig vorgegangen werden kann mit dem üblichen Schlägertrupp: „Was, Sie wollen mir eine unterhandeln“, muß bei Sprengung von Theaterstücken pp. durch Pfeifen, ununterbrochenes Klatschen, dauerndes Pfufen: „Weiterspielen“ usw. gewirkt werden. Sonderausweisung mündlich durch erfahrene Herren. Niemand darf von vornherein bemerkt werden, daß die Störenfriede zusammengehören oder nach gemeinsamem Plan handeln. Solche Verleumdungen schmeißen die Organisation außerordentlich zusammen und wirken.

Zu 5. Die heranwachsende Jugend ist der Dienstpflicht nicht mehr unterworfen, sie lernt daher keine Disziplin mehr, all die Werte, die die militärische Erziehung des Volkes mit sich brachte, gehen allmählich verloren, die Wehrfähigkeit schwindet. Hier müssen wir eingreifen. Auf Pünktlichkeit und Disziplin bei Besprechungen halten. Bildung von Schützen, Jagd-, Sport- oder sonstigen Vereinen. Unter dieser Firma müssen die jungen Männer die einfachsten Grundübungen machen, wie sie der Soldat braucht. Dazu gehört besonders die Schützenlinie, um auf jeden Fall zu verhindern, daß Nachwuchs weiter vom Stehende anstreifen. Ferner Schießübungen mit Zielmunition und Handhabung des Gewehres 98 und der Parabellumpistole. Die Durchführung muß je nach den Verhältnissen den einzelnen Leitern überlassen bleiben. Es geht jedenfalls nicht, daß bei Aufstellung der Truppe Männer kommen, die schon längere Zeit in der Organisation sind und keine Ahnung vom Waffengebrauch haben. Mit der Kenntnis von einer Waffe hebt sich unwillkürlich der Geist des Widerstandes und Wehrhaftigkeit. Dieser Zweck unserer Organisation darf keinesfalls vernachlässigt werden. Wir müssen für unsere idealen Ziele persönlich Opfer bringen. Zu 6. Durch unser Auftreten, sei es wie in obigen Punkten fixiert, sei es in der Bahn, sei es auf der Straße oder bei irgendwelchen Zusammenkünften, muß allgemein die Widerstandskraft, der Bekanntheit, die Angriffsbereitschaft, der persönliche Mut in den guten Teilen unseres Volkes geweckt und gestärkt werden. Wo etwas los ist, müssen wir da sein, immer Führer sein, immer die Initiative ergreifen.

Zu werden wir und zunächst lokal, dann in immer größerem Umfange in den Zettel legen, ein Nachhaken, mit dem alles andere zu rechnen hat.

Für die wöchentliche Abstricht ges. Ender.

**Die Münchener Wärdlerzentrale in Leipzig.**

Im Mai 1920 wurde im Hause des Corps Saxonia in der Eiserstraße nach einer Sitzung der Verein „Leipziger Wärdler“ gegründet. An der Gründung nahmen teil Mitglieder des Corps Arion, der Borussia, der Suevia, der Jittavia und des Corps Thuringia. Der Verein bezweckt: Wiederaufbau des Vaterlandes, Ausgleich der Klassenunterschiede. Zur Verfügungstellung bei Anrufen in dem Sinne, wie es die ehemaligen Zeitfreiwilligen getan haben. Dem Verein traten sofort 25 Personen bei. Weiter wurde der Sohn des Hofrats Dr. med. Zeffner, der Student Karl Max Edgar Zeffner. Die Zusammenkünfte des Vereins fanden in den Räumen des Vereins für nordische Kultur in dem Hause der Eiserstraße 28 im Tachschloß statt. Im Dezember 1920 ging der Verein über in die Organisation C. Die Statuten dieses Vereins kammten überein mit denen der in Baden aufgedeckten Geheimorganisation. Die Organisation sollte linkspolitisch niederhalten und danach streben, die Regierung mit Machtkonten (einer nationalen Regierung) zu belegen.

Eine Abteilung des Vereins bildete die Feme. Sie sollte den Zweck haben, Leute, die der Feme verfallen waren, zu bestrafen oder zu ermorden. Die Mitglieder mußten sich durch Handschlag zum Treueid verpflichten und mußten auch einen Verpflichtungsschein unterschreiben. Leiter dieser Gruppe C war der Kaufmann Krebs.

Im Juli 1921 fuhr Zeffner nach Jena, um mit der Jenaer Studentenschaft über den Anschluß an die O. C. zu verhandeln. Diese Verhandlungen zerlegten sich, weil die Jenaer







Ämtlicher Teil.

Regelmäßiger Langtag im November 1921.

4255 II A 6555
Als regelmäßiger Langtag im Sinne von § 4 der Verordnung über Langverordnungen vom 8. Dezember 1910 (S. 2) wird an Stelle des 20. der 27. November 1921 bestimmt.

Bekanntmachung über die Verteilung einer Zinsentschädigung des Reichs unter die Gemeinden.

vom 2. November 1921, Nr. 2237 Steuerreg. A.
Zum Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren wird den Gemeinden folgendes bekanntgegeben.

1.

Eine Erstattung der Zinsen für die von den Staaten und Gemeinden wegen der verspäteten Überweisung von Reichseinkommensteuerteilen aufgenommenen Zwischenkredite findet seitens des Reichs in der ursprünglich vom Reichsfinanzministerium in Aussicht genommenen Art und Weise nicht statt.

2.

Zum Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren und dem Vorstände des Sächsischen Gemeindetags soll der an Sachsen überweisene Betrag zwischen dem Staat und der Gesamtheit der politischen Gemeinden zu gleichen Teilen geteilt werden.

Der jeder einzelnen Gemeinde an dem vorläufigen Anteil Sachsen an der Zinsentschädigung des Reichs zumutende Anteil hängt also in keiner Weise von der Höhe der Zinsen ab, die von der einzelnen Gemeinde tatsächlich für die im Rechnungsjahre 1920 wegen verspäteten Eingangs ihrer Reichseinkommensteuerteile aufgenommenen Zwischenkredite aufgewendet worden sind.

3.

An diejenigen Gemeinden, deren Anteil an der Zinsentschädigung 1000 Mark und mehr beträgt, wird der Anteil an der Zinsentschädigung in den nächsten Tagen durch die Sächsische Staatsbank auf dem bei der vorläufigen Verteilung der Reichseinkommensteuer üblichen Zahlungswege überwiesen werden.

Die übrigen Gemeinden, deren Anteil an der Zinsentschädigung weniger als 1000 Mark beträgt, werden ihren Anteil an der Zinsentschädigung bei der nächsten vorläufigen Verteilung von Reichseinkommensteuer mit überwiesen erhalten.

4.

Die nächste vorläufige Verteilung von Reichseinkommensteuer wird sich leider noch etwas verzögern und längere Zeit als die bisherigen vorläufigen Verteilungen der Reichseinkommensteuer in Anspruch nehmen, da sich infolge des Erfordernisses der Aufrechnung des Staats mit seinen etwaigen Creditverpflichtungen an einzelne Gemeinden

gegen die Ansprüche dieser Gemeinden auf Anteile an der Reichseinkommensteuer (zu vergl. §§ 22, 24, 25, 28 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 - RStG. S. 737 - und 2. Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 19. September 1921 zur Ausführung des Reichsgetreidegesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 - Sächs. Staatszeitung Nr. 220 vom 21. September 1921 -) und infolge der Kürzungen gemäß § 1 Abs. 4 und § 8 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über die Verteilung der persönlichen Volksschulden zwischen Staat und Schulbesitzern in den Rechnungsjahren 1920 und 1921 vom 11. Oktober 1921 (S. 661. Nr. 335) außerordentlich schwierig gestaltet und umfangreiche, sehr zeitraubende Feststellungen und Berechnungen erforderlich macht.

Bestimmungen für die Viehzählung am 1. Dezember 1921.

Auf Anordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist am 1. Dezember 1921 eine Viehzählung vorzunehmen.

Zur den Kreisamt Sachsen wird hierzu folgendes bestimmt:

Die Aufnahme erfolgt mittels Ortswissen (Vordruck 2) und in den bezirksfreien Städten durch Zählkarten (Vordruck 1).

Zur Vermeidung einer Verschleppung der Maul- und Stauenseuche dürfen Rausen- und Viehtransporte von den Zählern überhaupt nicht betreiben werden, auch ist in den Orten, die zu den Sperrbezirken gehören, ein Betreten der Gehöfte verboten.

Zur Anweisung der Viehzählung sind in den Ortswissen (Vordruck 2) bis spätestens 10. Dezember 1921 an die Amtshauptmannschaft und von dieser an die bezirksfreien Städte bis spätestens 8. Dezember 1921 an das Statistische Landesamt einzuliefern.

Die Zählkarten sind von den bezirksfreien Städten nur dann beizufügen, wenn die Viehzählung nicht einzeln übertragen werden.

Der Anweisung auf der Zählkarte (Vordruck 1) und der Ortswissen (Vordruck 2) ist genau nachzugehen.

Außerdem sind noch die Bestimmungen in der Verordnung über die Übernahme kleiner Viehzählungen vom 8. Februar 1917 (Sächsische Staatszeitung Nr. 35) zu beachten.

Rückfragen des Statistischen Landesamtes sind von den Gemeindeführern umgehend zu beantworten.

Dresden, am 1. November 1921.

Wirtschaftsministerium, Abteilung Landwirtschaft.

Öffentliche Sitzung des Kreisbauausschusses findet Sonnabend, den 12. November 1921, vorm. 10 Uhr im Sitzungssaal der Kreisbauhauptmannschaft Chemnitz statt.

Die Lieferung von Granit-Steinplatten I. Sorte, 9-11 cm hoch und 100-144 qcm Kopfgröße, und zwar:

- Los I - 200 t für Cosmannsdorf,
II - 617 t - Fauderde,
III - 334 t - Eismiedeberg und
IV - 417 t - Altenberg.

Die Lieferung von Granit-Steinplatten II Dresden, am 2. November 1921.

Auf Blatt 115 des Handelsregisters, die Firma Heinrich Hebel in Adorf betreffend, ist heute eingetragen worden, daß die Kaufleute Johannes Theodor Hebel und Friedrich Wilhelm Hebel, beide in Plauen, in die Gesellschaft eingetreten sind.

Auf Blatt 68 des Handelsregisters, die Firma August Schneider in Annaberg betr., ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Leopold Georg Carl Louis Niemann in Annaberg ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Handelsregister eingetragen.

Auf Blatt 68 des Handelsregisters, die Firma Friedrich Weichenberger in Annaberg betr., ist heute eingetragen worden, daß dem Geschäftsführer Friedrich Gustav Weichenberger in Annaberg Prokura erteilt worden ist.

Auf Blatt 1538 des Handelsregisters, betr. die Aktiengesellschaft in Firma Vertungsmaschinenfabrik Nulou (vormals Tiehl) in Chemnitz, ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 21. Oktober 1921 hat u. a. die Erhöhung des Grundkapitals um zwei Millionen Mark, gesamt auf 2000 auf den Inhaber lautende Aktien zu 1000 Mark, mit hin auf fünf Millionen Mark, beschlossen.

Auf Blatt 101 des Handelsregisters, betr. die Firma Bruno Scheide in Tippelsdwalde, ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: Bruno Scheide, Nachf. Alfred Richter.

Auf Blatt 265 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß die Firma A. B. Goldammer, Sport- u. Turnschuhfabrik in Trebsen, am 3. November 1921.

Auf Blatt 1015, betr. die Firma Deutsches Trad- und Verlagshaus Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Trebsen, Zweigniederlassung des in Berlin unter der gleichen Firma bestehenden Hauptgeschäftes: Die dem Kaufmann Hans Spöbe erteilte Prokura ist erloschen.

Auf Blatt 1014, betr. die offene Handelsgesellschaft Hermann Berg in Dresden: Der Dipl.-Ingenieur Wilhelm Bode ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Auf Blatt 15764, betr. die Kommanditgesellschaft Kaiser Wagnerwerk Wilhelm Grau & Co. in Dresden-Ritz: Der Fabrikant Emil Ferdinand Wilhelm Grau und ein Kommanditist sind aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Auf Blatt 16739, betr. die Firma August Kühnemann in Dresden: Prokura ist erteilt den Kaufleuten Carl Müller und Ernst Friedrich Wilhelm Jahn, beide in Dresden.

Auf Blatt 16116, betr. die Aktiengesellschaft Sächsische Bauhilfs-Werke Döhren Aktiengesellschaft in Dresden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Max Panzer in Dresden.

Auf Blatt 14424, betr. die Firma Sächsische Farb- und Reinigungswerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Das Handelsregister ist Zweigniederlassung der in Dainenberg unter gleicher Firma bestehenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Auf Blatt 9961, betr. die offene Handelsgesellschaft Wallas & Schaal in Dresden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Max Hugo Cruciger in Dresden.

Auf Blatt 7777, betr. die Firma Anton Siebert in Dresden: Anton Franz Siebert ist gestorben. Der Kaufmann Anton Friedrich Siebert in Dresden ist Inhaber.

Auf Blatt 9828, betr. die Firma Georg Schulte in Dresden: Die Firma ist erloschen.

Auf Blatt 16749 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Trebsener Textil-Handels-Gesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitze in Trebsen und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. August 1921 abgeschlossen und am 29. Oktober

1921 in § 1 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Verkauf von Herren- und Damenkleiderstoffen.

Auf Blatt 408 des Handelsregisters, betr. die Firma variables Bettensfabrik M. Steiner & Sohn, Aktiengesellschaft in Gonneberg bei Franzenberg i. Sa. ist heute eingetragen worden:

Auf Blatt 408 des Handelsregisters, betr. die Firma variables Bettensfabrik M. Steiner & Sohn, Aktiengesellschaft in Gonneberg bei Franzenberg i. Sa. ist heute eingetragen worden:

Auf Blatt 101 des Handelsregisters, betr. die Firma Bruno Scheide in Tippelsdwalde, ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet künftig: Bruno Scheide, Nachf. Alfred Richter.

Auf Blatt 265 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden, daß die Firma A. B. Goldammer, Sport- u. Turnschuhfabrik in Trebsen, am 3. November 1921.

Auf Blatt 1015, betr. die Firma Deutsches Trad- und Verlagshaus Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Trebsen, Zweigniederlassung des in Berlin unter der gleichen Firma bestehenden Hauptgeschäftes: Die dem Kaufmann Hans Spöbe erteilte Prokura ist erloschen.

Auf Blatt 1014, betr. die offene Handelsgesellschaft Hermann Berg in Dresden: Der Dipl.-Ingenieur Wilhelm Bode ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Auf Blatt 15764, betr. die Kommanditgesellschaft Kaiser Wagnerwerk Wilhelm Grau & Co. in Dresden-Ritz: Der Fabrikant Emil Ferdinand Wilhelm Grau und ein Kommanditist sind aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Auf Blatt 16739, betr. die Firma August Kühnemann in Dresden: Prokura ist erteilt den Kaufleuten Carl Müller und Ernst Friedrich Wilhelm Jahn, beide in Dresden.

Auf Blatt 16116, betr. die Aktiengesellschaft Sächsische Bauhilfs-Werke Döhren Aktiengesellschaft in Dresden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Max Panzer in Dresden.

Auf Blatt 14424, betr. die Firma Sächsische Farb- und Reinigungswerke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Dresden: Das Handelsregister ist Zweigniederlassung der in Dainenberg unter gleicher Firma bestehenden Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Auf Blatt 9961, betr. die offene Handelsgesellschaft Wallas & Schaal in Dresden: Prokura ist erteilt dem Kaufmann Max Hugo Cruciger in Dresden.

Auf Blatt 7777, betr. die Firma Anton Siebert in Dresden: Anton Franz Siebert ist gestorben. Der Kaufmann Anton Friedrich Siebert in Dresden ist Inhaber.

Auf Blatt 9828, betr. die Firma Georg Schulte in Dresden: Die Firma ist erloschen.

Auf Blatt 16749 des Handelsregisters ist heute die Gesellschaft Trebsener Textil-Handels-Gesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit dem Sitze in Trebsen und weiter folgendes eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 23. August 1921 abgeschlossen und am 29. Oktober

1921 in § 1 abgeändert worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Verkauf von Herren- und Damenkleiderstoffen.

Auf Blatt 408 des Handelsregisters, betr. die Firma variables Bettensfabrik M. Steiner & Sohn, Aktiengesellschaft in Gonneberg bei Franzenberg i. Sa. ist heute eingetragen worden:



